Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Mai/Juni 2020 *70. Jahrgang, Nr. 811/812*

War der 8. Mai 1945 wirklich für alle ein Tag der Befreiung?

Die Diktatur der Sozialisten auf Geheiß von Moskau brachte den Menschen neues Unrecht

Pressemitteilung des Bundesvorstandes der VOS zum 08. Mai 2020, dem Tag der Befreiung

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) kritisiert, dass ausgerechnet die Partei „SED/Die Linke“ den Tag der Befreiung als Feiertag fordert.

Dieser Tag stellte die Menschen im gesamten Ostblock, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone unter die Fuchtel einer weiteren Diktatur. Das Schwarzbuch des Kommunismus schreibt in ihrem Einzugsbereich von weit über 100 Millionen Opfern.

Die „SED/Die Linke“ entstand aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im Jahr 1946. „Die Linke“ ist nicht Nachfolgepartei der SED, sondern juristisch die gleiche Partei.

Sie sorgte dafür, dass in der zweiten deutschen Diktatur Hunderttausende wieder hinter Gitter landeten, nur weil sie eine andere Meinung hatten. Im Jahr 1946 gehörten viele SPD-Mitglieder dazu, die gegen eine Zwangsvereinigung waren.

Hugo Diederich, Bundesgeschäftsführer: „Wir verneigen uns vor den Opfern der ersten deutschen Diktatur, es war ein einzigartiges Verbrechen an der Menschheit. Die Verbrechen, die in der DDR von Staats wegen begangen wurden, dürfen jedoch ebenfalls nicht in Vergessenheit geraten.

Wir stehen zu einem Europäischen Tag des Gedenkens an die Opfer von Stalinismus und Nationalsozialismus, dafür wurde der 23. August bestimmt.

Am 23. September 2008 haben 409 Mitglieder des Europäischen Parlaments eine Erklärung zur Unterstützung der Errichtung des Gedenktages unterzeichnet. Am 2. April 2009 wurde eine Entschließung zur Ausrufung des Tages mit 533 Stimmen (44 contra und 33 Enthaltungen) angenommen. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Fragen muss man: Warum ratifiziert Deutschland einen solchen Beschluss nicht?

Die VOS wurde 1950 in Berlin gegründet. Sie ist der älteste und größte Opferverband und vereint bundesweit Tausende Opfer der SED-Diktatur und deren Sympathisanten. Ihre Gründung ergab sich zwangsläufig aus dem Unrecht und der Willkür, die unter der kommunistischen Zwangsherrschaft in Osteuropa übergangslos nach dem Kriegsende einzogen.

Eines dieser Opfer war Melanie Kollatzsch, die unschuldig in die Fänge der Sowjets geriet und deren Leben von grundauf zerstört wurde. Melanie Kollatzsch besuchte 1947, aus der britischen Besatzungszone kommend, ihre Mutter in Magdeburg. Sie wurde wegen Spionage verurteilt und nach 15 Jahren, fünf Monaten und elf Tagen aus der Haft entlassen. Ihr Vergehen war: Sie hatte einen britischen Soldaten als Freund. Sie war in elf Haftanstalten, davon auch einige Zeit im Speziallager/ KZ Sachsenhausen. Jahrelang hielt man sie in Kellern in Einzelhaft fest.

Nach ihrer Haftentlassung wohnte sie bis zum Ende der DDR-Diktatur zur Untermiete, womit sie weiterhin kontrollierbar war und kein freies Leben führen konnte. Sie hatte nicht mal mehr die Chance, einen Mann kennenzulernen und zu heiraten. Sie wurde von der Bundesrepublik Deutschland für die gesamte Haftzeit rehabilitiert, ihre Lebensgeschichte ist in der Hörbibliothek von WDR 5 abrufbar. Am zweiten Weihnachtstag des vergangenen Jahres ging sie von uns.

Zur Partei „Die Linke“: Es ist für die Opfer der zweiten Diktatur unerträglich, dass diese Partei scheinbar in der heutigen Gesellschaft angekommen ist. Dabei ist das Argument, ja das Mitglied ist ja noch jung oder aus dem Westen der Republik, vollkommen irrelevant. Entscheidend ist, dass diese Partei große Schuld auf sich geladen hat und man sie als „Mauermörderpartei“ bezeichnen darf. Sie steht für Verbrechen an der Menschheit. Ich denke nur an die Gedenkstätte Hohenschönhausen. Ein Hochsicherheitstrakt für „Unangepasste“, betrieben von dieser Partei und ihrer Staatssicherheit. Heute steht dem obersten Gremium dieser Gedenkstätte ein Mitglied der Partei „Die Linke“ vor, von der Partei, die diese Gefängnisse gebaut und betrieben hat. Dies ist die Realität.

Der Fraktionsvorsitzende der Partei „Die Linke“ im Deutschen Bundestag spricht schon wieder über „Klassenkampf“, eine Vokabel, die den Bürgern der DDR eingehämmert wurde. Kein Wunder, war Dietmar Bartsch schon zu DDR-Zeiten in dieser Partei. Wehret den Anfängen und schaut genau hin.

Hugo Diederich
VOS–Bundesgeschäftsführer

Nun ist auch unser schönes 70-Jahres-Jubiläum überstanden. Vielleicht hat der eine oder die andere in Stille und Abgeschiedenheit ein Gläschen aus diesem Anlass getrunken und in alten Fg-Ausgaben, soweit vorhanden, geblättert. Es sind mittlerweile nicht mehr viele Kameradinnen und Kameraden aus den frühen Stunden unter uns. Ob für die, die den Verband noch am Leben halten, durch die Pandemie Folgen entstanden sind, wird sich zeigen. Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass man als ehemaliger Häftling seine unguten Erfahrungen in Sachen Isolation hat, wobei das, was wir in den Zellen der U-Haft hinnehmen mussten, mit den Maßnahmen zur Corona-Bekämpfung schwerlich vergleichbar ist. Auch der Sinn des einen im Vergleich zum anderen ist völlig verschieden. Die politischen Häftlinge waren inhaftiert, weil sie mit dem Regime der SED in Konflikt gekommen waren. Die Motive hießen Fluchtversuch, Ausreisewunsch, Verbindungsaufnahme oder Hetze. Als Häftling war man rechtlos, und wenn man sich über die Rechtlosigkeit beschwerte und dagegen anzugehen versuchte, erhielt man noch Knast im Knast.

Die Schutzmaßnahmen gegen die Pandemie sollen hingegen den Menschen helfen. Dass damit persönliche Rechte Einzelner eingeschränkt sind und die Wirtschaft stark in Mitleidenschaft gezogen wird, sieht sicher für manchen wie eine Diskriminierung aus. Trotzdem hat das Interesse der gesamten Gesellschaft Vorrang vor den Ansprüchen des Einzelnen. Es geht um die Abwendung einer gewaltigen Krankheitswelle, wie wir sie noch im vorigen Jahrhundert gesehen haben. Es ist gut, dass wir darüber offen und im geeigneten Rahmen diskutieren können. Dennoch müssen alle Argumente gehört und abgewogen werden. In der DDR gab es all das nicht. Was die Regierung befohlen hatte, wurde durchgesetzt.

Es war das Prinzip der Diktatur, das wir nun übrigens auch in China beobachten konnten. Dort ging es bei der Bewältigung der Seuche nicht um die Menschen, sondern um den Staat. Die Grundfreiheiten waren dort tatsächlich außer Kraft gesetzt. Dazu gehörten freie Rede, freies Bewegen und gesundheitliche Versorgung für jeden. Dass bei uns Lokale und Freizeiteinrichtungen geschlossen wurden, wurde den Menschen plausibel gemacht. Zudem wurde versucht zu helfen. Sicherlich lag der Schwerpunkt bei Familien mit Kindern, aber letztlich werden trotz der abzusehenden finanziellen Engpässe auch die Altersrenten angehoben, und es wird streng darauf geachtet, dass man ältere Menschen nicht diskriminiert. Man kann sicher nicht mit allem, was beschlossen und umgesetzt wurde, zufrieden sein, aber der Vergleich mit anderen Demokratien lässt Deutschland bei der Krisenbewältigung immer noch bestens dastehen. Nicht zuletzt hat daran Frau Merkel ihren Anteil.

Auf ein Wort des Redakteurs

Allerdings darf man nicht übersehen, was ansonsten im Lande passiert und was noch aufgearbeitet werden sollte. Kürzlich fiel eine Gruppe Vermummter über ein Kamerateam her. Es geschah einfach so, die Täter wurden nicht in Haft genommen, die nach großer Rede angekündigte Aufklärung der Tat ist nicht erfolgt. Ich persönlichen musste unwillkürlich an den Überfall auf Frieder Weiße und Rainer Buchwald vor einigen Jahren denken. Nichts geschah damals. Was ist nun wieder los? Darf man das überhaupt noch fragen, oder wird man auch dafür bedroht? In der vorigen Fg wiesen wir auf die Konferenz des selbst ernannten Kommunismus-Teams hin. Ein Prozent der Deutschen, so wird angekündigt, sollen erschossen werden. Kein anderer als Bodo Ramelow saß im Präsidium und hörte sich solche Reden bzw. Pläne an. Dabei sei daran erinnert, dass er (nun doch) Ministerpräsident in Thüringen geworden ist. Auch dieser Akt ist in Ablauf und Ergebnis nicht aufgearbeitet. Es ist nun auch nicht mehr mit einer solchen Aufarbeitung zu rechnen. Ein Nachwort können zumindest wir uns nicht verkneifen. Thomas Kemmerich war immerhin gewählt, er hätte ja doch versuchen können zu regieren. Wir haben in der Corona-Lockerung erlebt, dass die Bundesländer vieles eigenständig entscheiden können. Selbst Frau Merkel musste das begreifen. Ob es so gut oder nicht gut war, mag dahingestellt bleiben. Aber war es demnach zulässig, dass man Thomas Kemmerich von allen Seiten in die Zange nahm und zur Aufgabe gezwungen hat? Im Nachhinein hat sich freilich gezeigt, dass Kemmerich insgesamt Schwierigkeiten hat, eine sichere Linie zu finden bzw. diese zu halten. Mit seiner Teilnahme an der Demo wider die Maskenverordnung am zweiten Mai-Wochenende hat er sich in ein äußerst schlechtes Licht gerückt. Dass er dann auch noch mit der AfD und den Wutbürger*innen in einer Reihe steht, ist (mir jedenfalls) unverständlich.

Ich hoffe, wer immer das liest, kann mir diese nicht ganz emotionslose Offenheit nachsehen. Meine persönliche Lehre aus der schweren Zeit lautet, dass es gut ist, wenn wir eine starke und umsichtige Führung haben und wir dieser Führung nicht aus Eigensucht und Großmäuligkeit beständig Knüppel zwischen die Beine werfen. So wie ich es erlebe, spielen vor allem die Oppositionsparteien, seit sich die Auswirkungen der Pandemie vorerst als erträglich erwiesen haben, eine schmähliche Rolle. Und da möchte ich keine ausnehmen und auch keine besonders hervorheben. Es geht – und das gilt immer noch – um die Menschen und um deren Gesundheit, und es geht um unser Land und unser demokratisches Staatswesen. Es ist trotzdem erlaubt, seine Meinung zu äußern, wobei man zwischen Meinungsäußerung, Hetze und Umsturzabsicht auch noch deutlich unterscheiden sollte.

Dieser Standpunkt ist ein Zwischenfazit. Bei Auslieferung der Freiheitsglocke gibt es sicher neue Erkenntnisse und Ereignisse. Aber ich, wir alle beobachten und diskutieren weiter, wir bleiben aufmerksam und sachlich.

Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter

In dieser Ausgabe: Auch die VOS erlebt nach dem Corona-Tief die Rückkehr in ein turbulentes und noch ungewisses Zeitgeschehen

Titelseite
Wehret den Anfängen
Bundesvorstand der VOS warnt vor einem weiteren Erstarken der Linken

***Redaktionsthema*:**
Die Corona-Pandemie verflacht, die Unruhe im Land wächst
Eine Zwischenbilanz 2

Jahrzehntelanges Engagement als Mahnerin der Geschichte war wichtig und ist es noch
Glückwünsche zum VOS-Jubiläum 4

Neue pädagogische Angebote in der Krise
Stiftung in Berlin zeigt sich flexibel 4

Vorsichtige Wiederaufname könnte erfolgen
Zeitzeugen-Projekt NRW vor Neubeginn? 4

Dass es Mord war, ist unwiderlegbar
Michael Gartenschläger starb vor 44 Jahren 5

Trotz Unrechts war es keine Diktatur?
Jörg Bilke hält Bodo Ramelow einen Spiegel der Wahrheit vor 5

Signale aus der zweiten Reihe
Warum wir uns um unser Geld, das wir gar nicht haben, keine Sorgen machen müssen 6

Der Nachruhm und die falsche Verklärung
Iljitsch Uljanow: vor 150 Jahren geboren 6

Der Mann mit dem Stein in der Brust
Vor zwanzig Jahren wurde Putin Präsident 7

Wie schön war doch die DDR
Weiter „Marostalgie“ in Neubrandenburg 8

Das Recht des Siegers ist entscheidend
Erläuterungen zum Lager Ketschendorf 8

Das Sinnbild eines Unrechtsstaates
Vor 70 Jahren wurde das MfS ein offizielles Organ, das alle Befugnisse hatte 9

Personenbilder und Schicksale, auf die man schnell neugierig wird
Das sechste Buch von Grit Poppe ist da 10

Es ging um einen vertrauenswürdigen Vertreter aus den Ost-Bundesländern
Plädoyer für einen geeigneten Kandidaten zur Wahl des Verfassungsgerichts 11

Als das Blut von Ost nach West floss
Wie wir durch Corona auf eine besondere Art der Häftlingsausbeutung erinnert werden 12

Es geht um die ordnungsgemäße Behandlung von Bürgern der Stadt
Neubrandenburg ehrt Marx und vergisst die Opfer des Unrechtsstaates DDR 13

Über Freund- und Mitgliedschaften in den gesellschaftlichen Organisationen
Eine Erfahrung in Sachen DSF 14

Polizeieinsatz Berlin: Viel von Putin gelernt?
Wer schwach und alt ist, hat schon verloren 14

Immer noch gibt es interessante Informationen
Was die Namensliste beim Pelzmützentransport überraschenderweise verrät 15

Unfreiwillig zum James Bond erhoben?
Wie die Akten plötzlich jemanden adeln können 15

Der Konflikt spitzt sich nun wieder zu
Wird Peking gegen die Hongkonger Opposition wieder die Panzer rollen lassen? 16

Individuelle Freiheit und Einsichten
Was schadet, was schützt die Gesellschaft? 16

Nicht mal eine Abwrackprämie in Aussicht?
Wer denkt noch an die SED-Opfer? 16

Der Schicksalsbogen:
Menschen und Ereignisse in einer äußerst turbulenten Zeit
Siegmar Faust zieht die Bilanz, die zugleich ein Stück Zeitgeschichte ist 17 – 18

Einer, der für uns unvergessen bleibt
Über Gerhard Löwenthal 18

Blickpunkt Mecklenburg-Vorpommern
Betrug an den Wählerinnen und Wählern? 19

Meinungen, Knastlexikon, Notiertes 6, 8, 14
Glückwünsche, Personen 4, 8
Termine, Briefe, Infos 5, 6, 12, 15
Nachrufe, Verstorbene 19, 20
Impressum / Informationen 20

Danke den Spendern. Unser Motto: Wir helfen uns und anderen.

Johannes und Waltraud Rink, Horst Krutzsch, Hanne-Lohre Dahnke, Waltraud Thiele, Gerd Lewin, Kurt Schröder, Karl-Günter Wehling, Günther Müller, Horst Lindemuth, Sigrid Schulz, Erdmute und Dr. Walter Weller, Frank Nemetz, Gerd Ahnert, Helmut Günther, Rocco Schettler, Lothar Ech, Klaus-Dieter Fritzsche, Dr. Bernd Röhlig, Karl-Heinz Werner, Friderun und Egon Seel, Annelies Anders, Helmut Meng, Gottfried Hoyer, Felix Heinz Holtschke, Günter Steinrücken, Carmen Lorenz, Beate Rusch, Frank Pasemann, Peter Schlegel, Ursula und Eberhard Lindner, Wolfgang Neuhaus, Anneliese und Norbert Schachnowski, Ruth Zabel, Waltraud Baumann, Dr. Peter-Joachim Lapp, Klaus Feibig, Gerd Lindner, Dr. Georg Steinhagen, Bringfried Schneider, Herbert Thomas, Walter Schrader, Jürgen-Kurt Wenzel, Wolfgang Seidel, Helmut Gorgas, Dr. Helmut Schulze, Jakob Weisbrod Hans-Dietrich Kieckbusch, , Wilfried Seifert, Lutz Glaser, Wolfgang Sendzick, Brigitte Voelkel, Gisela Gärtig, Rosemarie Badock, Paul Radicke, Fritz Schaarschmidt.

Danke den fleißigen Spenderinnen und Spendern.

Besondere Grüße gehen an unserer verdienten Kameraden Ehrhard Göhl, Paul Radicke und Arno Selten, die viel für die VOS und die Aufarbeitung der Diktatur getan haben und immer noch tun. Bleiben Sie und bleibt ihr gesund. Wir sind nicht mehr sehr viele, aber wir sind stark (immer noch).

Hinweis: Es konnten nicht alle Beiträge in diese Ausgabe aufgenommen werden. Bitte bei Leserbriefzusendungen unbedingt die Adresse angeben. Sie wird nicht veröffentlicht.

Gegen Unrecht und Unwahrheit und für Demokratie eingesetzt

Glückwünsche zum 70. Geburtstag der VOS

Liebe Vertreter des Bundesvorstandes der VOS,
liebe sächsische Vertreter der VOS,

heute wäre Ihre Jubiläumsveranstaltung gewesen, mit der Sie auf 70 Jahre VOS zurückblicken und feiern wollten. Was für ein Anlass und wie gern hätten wir mit Ihnen gefeiert, denn die Geschichte der VOS ist eine besondere. Als am 9. Februar 1950 ehemalige Insassen des Speziallagers Sachsenhausen die Vereinigung der Opfer des Stalinismus gründeten, hätten Sie sich mit Sicherheit nie träumen lassen, dass ihr Verband einst der mitgliederstärkste Verfolgten-Verband sein würde, der sich noch 70 Jahre später für die Belange der politisch Verfolgten der SBZ und DDR einsetzt. In den langen Jahren des Bestehens der VOS hat sich die Vereinigung immer in gesellschaftliche Debatten eingemischt und viel erreicht. Zum Beispiel, wenn es darum ging, Rehabilitierungsgesetze auf den Weg zu bringen, ja zu erstreiten, oder diese zu verbessern. Sie haben die Stimme erhoben, wenn Verbrechen, die im Namen des Kommunismus begangen wurden, verschwiegen oder verharmlost wurden. Sie haben gemahnt, wenn Orte des SED-Unrechts zu verschwinden drohten. Sie waren aber nicht nur immer gegen etwas, sondern auch dafür: für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Kommunismus und für eine plurale demokratische Gesellschaft, die Sie mit Ihrem Verband bunter gemacht haben und immer noch machen. Sie selbst geben der Gesellschaft etwas. Sie haben Ihre Geschichte aufgeschrieben oder teilen sie in Gesprächen mit anderen. Diese Erfahrungen sind wichtig, vor allem für die, die das Glück hatten, nichts dergleichen erleben zu müssen.

Das jahrzehntelange Engagement der VOS als Mahnerin der Geschichte und als Lobbyistin der Opfer war wichtig und ist es noch heute, auch wenn viele der Mitglieder bereits in fortgeschrittenem Alter sind. Ich hoffe deshalb sehr, dass es die Mitglieder der Vereinigung schaffen werden, eine Brücke zur jüngeren Generation zu schlagen und vielleicht die eigenen Kinder, Enkel oder Urenkel für die Verbandsarbeit zu gewinnen.

Im Namen der Behörde des Sächsischen Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Jubiläum. Ich danke Ihnen sehr für Ihr Engagement, für Ihr unermüdliches Wirken und die viele Zeit, die Sie dieser Aufgabe widmen.

Für die Zukunft wünsche ich Ihnen viel Kraft für alle Vorhaben, die Sie sich setzen und hoffe, dass Sie Ihre Ziele bei bester Gesundheit und mit großer Einigkeit verfolgen werden.

Ich hoffe, dass es bald wieder Veranstaltungen geben wird und wir die komplizierte Zeit bald hinter uns haben.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Nancy Aris
Stellvertretende Landesbeauftragte

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer und Redakteur danken im Namen der Mitglieder und des Landesverbandes Sachsen für diese wohltuenden Grüße. Seitens der VOS wird die weitere Zusammenarbeit angestrebt.

Interessante Angebote trotz anhaltender Corona-Einschränkung

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur macht Mut und bietet digitale Lern- und Informationsformen an

Auch wenn wir derzeit keine öffentlichen Publikumsveranstaltungen durchführen können, geht unsere Arbeit natürlich trotz der Corona-Einschränkungen weiter. Die von uns bundesweit geförderten Projekte und Vorhaben können hoffentlich im Herbst auch wieder öffentlich präsentiert werden. Wir selbst haben unsere Veranstaltungen vorerst bis Ende Juni abgesagt. Ob wir danach wieder Publikumsveranstaltungen wie die ab Anfang Juli geplante Diskussionsreihe zur Treuhand mit dem Institut für Zeitgeschichte in der geplanten Form durchführen können, bleibt derzeit abzuwarten. Auf jeden Fall arbeiten wir an alternativen Präsentationsformen.

Wenn Sie einen kleinen Ausflug auf unsere Homepage (https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung) unternehmen möchten, werden Sie in unserer Mediathek Filme und podcasts finden (https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/ mediathek?term).

In den Themendossiers haben wir in den vergangenen Wochen zu anstehenden Jahrestagen und Ereignissen neues Material bereitgestellt. Und für den Unterricht haben wir unsere pädagogischen Angebote aufbereitet, so dass Lehrerinnen und Lehrer aber auch Schülerinnern und Schüler sich mit der kommunistischen Diktatur in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR, der Friedlichen Revolution und dem Transformationsprozess in der deutschen Einheit vertraut machen können. Zu finden unter: https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/ stiftung/aktuelles/online-bildungsangebote-ddr-geschichte-fuer-zu-hause.

Es steht Ihnen auch die Möglichkeit offen, unseren Newsletter, den ich sehr empfehlen kann, zu abonnieren; den entsprechenden Link finden Sie auf der Startseite der Homepage https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/start.

Bleiben Sie gesund
Dr. Anna Kaminsky

Zeitzeugen-Projekt der VOS in NRW gibt trotz Pause nicht auf

Angesichts der anlaufenden Lockerungen im Lernbetrieb entsteht Hoffnung auf Neubeginn

Mit der vorsichtigen Wiederaufnahme des Lern- und Lehrbetriebs an den Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen im Bundesland NRW im Mai 2020 ergeben sich auch erste Signale für eine Wiederaufnahme der Tätigkeit des Zeitzeugen-Projekts ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter des SED-Unrechts.

Wie es absehbar gewesen war, musste die bis dahin immer erfolgreicher verlaufende Projektarbeit abgebrochen werden, nachdem in der ersten März-Woche NRW-weit noch mehrere Veranstaltungen mit ausgesprochen gutem Ergebnis durchgeführt worden waren. Die beteiligten Kamerad*innen und die Ruhruniversität Bochum stehen für die Fortführung bereit. *V. Bosse*

Eine bittere Erinnerung, die jedoch umso notwendiger ist

Der Tod von Michael Gartenschläger jährte sich nun schon zum 44. Mal

Trotz Corona-Pandemie und der damit verbundenen Vorschriften ist das Gedenken an Michael Gartenschläger für alle, die sich mit dem SED-Unrecht und dem nur physisch untergegangenen Unrechtsstaat auseinandersetzen, auch in diesem Jahr unabdingbar. Wiewohl sich das Niederlegen von Gebinden oder Sträußen an der kleinen, mit sehr viel Liebe errichteten Gedenkstätte im ehemaligen Grenzbereich nicht wie an den Vorjahren ermöglichen ließ, bleibt das Gedenken an die Nacht vom 30. April zum 1. Mai 1976 für alle Aufrechten als mahnende Erinnerung weiterhin unvergessen und wichtig. Gartenschläger plante, auf das Grenzgebiet der DDR vorzustoßen und dort eine Selbstschussanlage SM 70 abzubauen, um sie später der Welt zu präsentieren und Honecker, der sich als demokratischer Staatsmann feiern ließ, die Maske der Verlogenheit zu entreißen.

Es ist hinreichend bekannt, dass Gartenschläger in einen Hinterhalt geriet. Offenbar war er von jemandem aus seinem Umfeld verraten worden, und so konnten sich die Grenzposten der DDR, die bis ins Detail informiert gewesen sein mussten, gut vorbereiten und den mutigen Widerständler mit ihren Schnellfeuerwaffen töten. Dass es Mord war, ist unwiderlegbar. Die Täter jedoch blieben nahezu ungeschoren, und auch Honecker und die übrigen Auftraggeber des Politbüros wurden für diese Tat nicht zur Verantwortung gezogen. Genau genommen will die heutige Gesellschaft mit Aktionen dieser Art nichts zu tun haben. Umso wichtiger ist es, dass sich die VOS bedingungslos für das Gedenken einsetzt. *Tom Haltern*

Die gewollte Verdrehung von Tatsachen und Begriffen

Eine Diktatur, die kein Unrechtsstaat gewesen sein soll. Was war sie aber dann?

Kamerad Jörg Bilke schreibt an Bodo Ramelow, den die anderen Parteien ins Amt gehoben haben

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,
lieber Herr Ramelow,

nach der langwierigen Landtagswahl in Thüringen habe ich gewartet, bis für Sie alles überstanden war, um Ihnen heute diesen Brief zu schreiben. Hätte ich bei der Feier zu Andreas Möllers 75. Geburtstag schon gewusst, dass Sie über den „Unrechtsstaat DDR“ genauso denken wie Dr. Gysi und Manuela Schwesig (SPD), hätten wir damals schon darüber sprechen können.

In einem Rundbrief vom 7. Oktober 2019, den Manuela Schwesig und Sie verschickt haben, lese ich, dass Sie die Anwendung des Begriffs „Unrechtsstaat“ auf die 1990 untergegangene DDR für problematisch halten. Sie begründen diese Einschätzung damit, dass das „von vielen DDR-Bürgern als herabsetzend empfunden“ werde. Hier kann ich als ehemaliger DDR-Häftling im Zuchthaus Waldheim nur Widerspruch anmelden. Ihr Parteigenosse Dr. Gregor Gysi hat schon vor einigen Jahren die Sprachregelung ausgegeben, dass in der DDR viel Unrecht geschehen wäre, dass die DDR aber deshalb noch lange kein Unrechtsstaat gewesen wäre. Verstehen Sie diese Dialektik? Ich nicht.

Auch Manuela Schwesig verficht diese Dialektik. Sie sagt: „Die DDR war eine Diktatur“. Das ist richtig, und das weiß man! Dann zählt sie die Merkmale einer Diktatur auf, freilich ohne die fehlende Gewaltenteilung, die die Demokratie auszeichnet, zu nennen. Sie will aber den Begriff „Unrechtsstaat“ für die DDR nicht verwendet wissen, obwohl die Begriffe “Diktatur“ und „Unrechtsstaat“ Synonyme sind. Auch dieser Dialektik kann ich nicht folgen.

Am Sonntag, 20. Mai 1962, habe ich im Zuchthaus, und Hunderte Mitgefangene mit mir, erlebt, wie zwei Gefangene, die in der Nacht zuvor ausgebrochen waren, von neun „Volkspolizisten“ zusammengeschlagen wurden. Ihr Hände waren in Handschellen gelegt, ihre Füße in Holzpantinen, ihre Schädel, über die das Blut lief, geschoren. Mir fiel dazu nur das Wort „Faschismus“ ein! In den 1950er Jahren gab es in Westberlin, erarbeitet vom „Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen“, die vierbändige Dokumentation „Unrecht als System“, worin Dutzende politischer Prozesse vor DDR-Gerichten analysiert wurden. Der Titel „Unrecht als System“ ist für mich die zutreffende Kennzeichnung des SED-Staates.

Da Sie in Westdeutschland aufgewachsen sind und nie in der DDR gelebt haben (wie ich), können Sie das alles nicht wissen. Deshalb sind Sie auch empfänglich dafür, was Ihnen Manuela Schwesig ins Ohr flüstert. Aber, wie Sie gesehen haben, konnten Sie nicht einmal damit die Wahl gewinnen, auch wenn ich mich freue, dass Sie wieder Ministerpräsident geworden sind.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Jörg Bernhard Bilke

Wenn einer sowieso nichts auf der hohen Kante hat …

Könnte uns (und die Konzerne und Profivereine) ein neuer Lastenausgleich endlich retten?

Es ist zwar längst nicht mehr zu verschweigen, dass die großzügig von unserer „Mutti“ und ihren ... äh ... unseren gewählten Abgeordneten in alle Welt gespendeten Rettungspaketen eine Menge Geld kosten, auch wenn es lediglich gedrucktes Geld ohne goldenen Hintergrund ist. Da begreife selbst ich, der wenig bis gar nichts auf der „hohen Kante“, nämlich nur ein Sparkonto mit ein paar Cent über 5 Euro, hat, dass hier Geld einfach tonnenweise entwertet wurde und vermutlich weiter entwertet wird. Dafür habe ich nun wieder einen Kopf voller (wunderbarer) Ideen, Meinungen, Hoffnungen, Gewissheiten und Widersprüchen. Mal sehen, ob das neben dem manchmal verzweifelten Glauben an Jesus Chr. zum Überleben reicht. Und da ich im Gegensatz zu den reichen Philanthropen eher ein armer Idealist geblieben und gar noch Christ geworden bin, darf ich mir wenigstens eines inneren Reichtums gewiss sein. (Aber bitte nicht weitersagen, sonst muss ich den auch noch versteuern).

Bisher sprachen eigentlich nur jene der AfD nahestehenden Crash-Propheten wie Max Otte, Markus Krall und Leute solchen Kalibers, also Miesmacher und Verschwörungstheoretiker, von der Enteignung der Sparer, ja selbst derer, die fleißig arbeiten und Steuern zahlen. Deshalb ist es doch eine Sensation, dass jetzt sogar Sigmar Gabriel aus den Münden von Politikern zu hören sind, wenn man denn seine Ohren etwas aufsperrt. Solche Alarmzeichen, gewissermaßen als Test, kommen natürlich nicht von ganz oben, sondern erst einmal vorsichtig aus der zweiten Reihe. Der ehemalige Vorsitzende einer ehemaligen Volkspartei, also der Sigmar ohne Sieg, ließ vernehmen, dass wir einen „Lastenaustausch“ benötigen, den schon unsere Großeltern und Eltern geleistet hätten. Das wäre seiner typischen SPD-Meinung nach ein großartiges Instrument, um die Corona-Krise meistern zu können. Und dann spricht er einen ungeheuerlichen Satz aus: „Wir stehen vor einer dramatischen Entwicklung in unserer Gesellschaft“.

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken

Au weh! Wenn eine solch düstere Prophezeiung sogar einem derartigen Experten entweicht, dann muss ja etwas dran sein, nur was? Gute Nacht, Deutschland!

Siegmar Faust

Was uns sonst noch droht …

Unsere "Mutti" rettet die Welt, die EU und arme Flüchtlinge. Darauf sind wir alle stolz, oder? Nun besiegen wir nur noch Corona, und Geld dafür fließt reichlich ... Nur wir Rentner schauen in die Röhren und bangen um die von Minister Heil groß angekündigte Grundrente ... Viele Grüße an ALLE, bleibt gesund und lasst euch nicht verwirren. *Euer Fritz Sch.* …

Er rührte (mit Gewalt und Terror) an den Schlaf dieser Welt

Lenin wurde vom Initiator des Kommunismus zur Ikone und zu einem Gott. Ist er nun tot?

Ein Gespenst geht umher in dieser Welt. Es heißt Lenin, und wie alle Gespenster ist es tot und wird gerade deshalb gefürchtet und vergöttert. Lenin ist jedoch nicht nur ein Gespenst, er ist spätestens seit seinem Tod der zweite Stellvertreter Gottes. Mit der für die Lehrbücher fingierten Nachricht „an alle, an alle, Lenin ist tot …“ wurde er auf einen Thron gehoben, dessen Unterbau aus Gewalt und Fanatismus bestand. Lenin hat die Welt verändert, das ist wahr. Er hat alles zerschlagen und vernichtet, was nur annähernd kulturellen Wert hatte, er hat weder auf die Wirtschaft noch auf die Menschen, die er massenweise in den Hungertod trieb, Rücksicht genommen. Eine zahllose Reihe von Untaten führte dazu, dass auf den Trümmern eines der rückständigsten Länder der Erde eine Welt entstand, die sich nur mit immer neuen Gewalttaten am Leben halten konnte. Doch Lenin war nicht einfach ein Diktator und ein Zarenmörder, er war im Grunde ein intelligenter Kopf, der es gerade wegen seiner Schlauheit verstand, mit poltischen Minderheiten ein ganzes Volk zu unterjochen und dieses solange mit seiner Ideologie vollzustopfen, bis er ein Heer von blindlings ergebenen Gefolgsleuten geschaffen hatte, das seine (von Marx entlehnte) Theorie auf Gedeih und Verderb umsetzte. Sein Instrument, die Partei neuen Typus, mit der er Disziplin und Strenge bis in die untersten Ebenen erwirken konnte, wurde zum entscheidenden Werkzeug im Staatsaufbau, und diese Partei wurde mit ihrem Prinzip später von allen osteuropäischen Diktaturen, nicht zuletzt von der SED, übernommen. Nichts, aber auch gar nichts konnte einer solchen Partei entgehen, niemandem gelang ein Sonderweg.

Lenin gilt als Vorgänger und Wegbereiter Stalins. Natürlich setzte sich auch ein Stalin nicht ins gemachte Nest. Auch Stalin brachte sich durch seine eigene Tücke und Brutalität passend in Stellung. Später war es Mao Zedong, der sich in vielem an Lenin orientierte. Auch er ein Schreckgespenst, das die Welt nicht so schnell vergessen wird.

> Das Zitat:
> „Die Kapitalisten werden uns noch die Stricke verkaufen, an denen wir sie aufknüpfen werden.“
> *Die Äußerung wird Lenin zugeschrieben*

Lenin, Mao und selbst Stalin werden in ihren Ländern noch immer geehrt, gefeiert und – eben das – vergöttert. Nicht weniger als Marx, der nicht nur Stellvertreter Gottes war, sondern der vielen als Erstgott gilt.

So ist die Welt. Will sie sich ihre falschen Götter nicht verbieten und nicht nehmen lassen? Gilt die alte Weisheit: Je größer das Verbrechen, umso größer der Nachruhm und die falsche Verklärung? Man sollte besser aus eben diesen Verbrechen lernen. Die Welt ist zu schade, als dass wir sie immer wieder in die Hände von Extremisten und Fanatikern geben. Und es darf dabei keinen Unterschied machen, ob es ideologischer oder religiöser Wahnsinn ist, der sie verpestet.

Igor Gerd Lesnikow

Mit Undurchschaubarkeit und Härte die Welt das Fürchten gelehrt

Vor 20 Jahren wurde Wladimir Putin Russlands neues Staatsoberhaupt. Eine Momentaufnahme

Die Frage, würde es heute ein so starkes Russland, wie wir es derzeit haben, ohne einen Mann wie Wladimir Putin geben, ist leicht beantwortet: nein. Als Putin am 7. Mai des Jahres 2000 zum Präsidenten des immer noch flächenmäßig größten Landes vereidigt wurde, lag Russland auf den Knien. Während der endgültig vernichtende Dolchstoß aus dem Landesinneren heraus geführt werden sollte, sahen die anderen Länder hämisch zu, wie sich die einstige Supermacht auflöste. Europa hatte sich vom Joch des Kommunismus befreit, und nirgends empfand man Mitleid, mit jenem Land, das den halben Kontinent besetzt und durch erbärmliche, wenn auch gefährliche Vasallen in Schach gehalten hatte. Den ehemaligen, zwangsweise vereinnahmten Sowjetrepubliken erbrachte der Niedergang des riesigen Nachbarn die Garantie für ihre künftige Eigenständigkeit und Ausrichtung auf das westliche System. Der verlorene Angriffskrieg in Afghanistan, der massive Aufstand in Tschetschenien, die Ausbreitung des Islam und der Wegfall der wirtschaftlichen Pfründen in den RGW-Staaten hatten dieses Rumpfgebilde, das von der „ruhmreichen" Sowjetunion übrig geblieben war, deformiert und ruiniert. Hinzu kamen die Katastrophe von Tschernobyl, die Unruhen unter den vielen Volksgruppen und aus den vordem unterdrückten Staaten Europas Forderungen zur Rückgabe von Kriegsbeute und zur Entschädigung der bitteren, durch Diktator Stalin begangenen Verbrechen.

Bereits am Ende der Breschnew-Ära wurde die damalige Sowjetunion durch ihre wirtschaftliche Schwäche ins Wanken gebracht. Reagans gnadenloser Aufrüstungsplan war wie ein Marathonsprint, bei dem das „Reich des Bösen" eklatant ins Hintertreffen geriet. Gorbatschows Plan, sich dem Westen als Partner anzubieten und ein „gemeinsames Haus" aller Staaten einzurichten, erwies sich als selbst gestellte Falle. Wer wollte einer Regierung glauben, die jahrzehntelang mit ihrem Würgegriff die halbe Welt umklammert hatte?

Gorbatschows Angebot einer Öffnung kam vielmehr der Absicht der westlichen Politiker entgegen, den Sowjet-Kommunismus zurückzudrängen und geschichtliche Fehlentwicklungen zu korrigieren. Es war nur eine kurze Spanne, aber Politiker wie Kohl und Bush (sen.) waren so konsequent und teils skrupellos, die eigenen nationalen und auch die globalen Ziele umzusetzen; und dies trotz des Widerstands im eigenen Land und im eigen Staatenbündnis.

Russland, Gorbatschow mit seiner blauäugigen Zuversicht wurden überrannt. Und das war wichtig und richtig. Denn schon unter Jelzin, der die UdSSR auflöste und das wieder erstandene Russland ins Taumeln brachte, wäre unter den vormaligen Verhältnissen der Zusammenbruch nicht gekommen.

Man weiß nicht, wie schlimm es mit dem riesigen Reich geworden wäre, hätte vor zwanzig Jahren dann nicht Putin, der Mann mit dem Stein in der Brust und den bewegungslosen Gesichtszügen, die Staatsgeschäfte übernommen. Erzogen durch das Sowjetsystem und gestählt durch den KGB, war Putin genau der Mann, der, wäre er zehn Jahre früher in den Sattel gehoben worden, all das, was kam, nicht mal gedanklich zugelassen hätte: Den Zerfall des Paktes, die Befreiung der Ostblockstaaten, die Freigabe des Baltikums, die deutsche Einheit, die zeitweilige persönliche Freundschaft zwischen Helmut Kohl und Gorbatschow. Man hätte keinen Krieg in der Ukraine anzetteln und die Krim nicht annektieren müssen, das gewaltige Imperium wäre in seiner Bedrohlichkeit und Expansionsbereitschaft erhalten geblieben.

Putin hat einen Teil des alten Glanzes zurückgeholt und den Landsleuten neuen, wenn auch bescheideneren Stolz eingehaucht. Mag sein, Russland ist wirtschaftlich nur eine zweitrangige Macht, was es als Sowjetunion allerdings ebenso war, aber durch die Reaktivierung des gewaltigen Rüstungsapparates hat er Russland im Ausland zu frischem Einfluss verholfen und dem Land wieder mehr Selbstbewusstsein verschafft. Bosheit und Unberechenbarkeit sind wieder erstanden. Wie einst die Sowjetunion wird Russland nun nicht geliebt, sondern gefürchtet. Das Land, und das genau geht auf Wladimir Putins Kappe, isoliert sich zunehmend. Die Mentalität, mit der Putin in der Öffentlichkeit auftritt, ist eben das, was die teils übersensiblen Politiker*innen des Westens abschreckt und ihn im eigenen Land als Mann der starken Hand und der harten Entscheidungen ankommen lässt.

Putin ist kompromisslos, unbarmherzig und egoistisch. Er ist nicht bereit, irgendwelche Knoten zu entwirren oder ehrlich zu verhandeln, sondern er zerschlägt sie mit dem Schwert; und dies ohne Rücksicht auf Verluste, wie man es bei der Beendigung des Geiseldramas durch die Tschetschenen vor mehreren Jahren oder beim Abschuss eines Passagierflugzeuges über der Ukraine verfolgen konnte. Ihn kümmern keine Opfer im Syrienkrieg und keine toten Journalisten. Er treibt massenweise Kriegsopfer an die syrisch-türkische Grenze, um damit Flüchtlingsströme in Richtung Westeuropa zu erzeugen. Meinungsfreiheit wird – siehe die harmlose Girl-Group Pussy riot („Muttergottes, Jungfrau, verjage Putin") – zunehmend zum Fremdwort.

Für die Mehrheit der russischen Bevölkerung ist Putin genau das, was Russland braucht und was es wünscht: eine Mischung aus Zar und Diktator, ein Präsident, der das Land, das er mit seinem verlogenen Auftreten und der demagogischen Heuchelei realiter immer weiter in die Isolation treibt und in der Staatengemeinschaft gefürchtet und respektiert wird. Ist es übertriebener Nationalismus oder kommunistischer Imperialismus, was Putin der Welt vorführt? Oder kann man einfach von Größenwahn reden?

Putin ist jetzt 66 Jahre alt, und man weiß von anderen Diktatoren, dass sie bis ins hohe Alter an der Macht festgehalten haben. Wird er also weitere zwanzig Jahre an den Schalthebeln Russlands sitzen und der Welt Rätsel aufgeben?

B. Thonn

Lumpenproletariat?

Die Geschichte im Sinn von Karl Marx umdeuten?

Was sagst du zur Ostalgie, geschätzter Mitbürger? Alles lustig und luxuriös gewesen, in der Zone? Selbst im Zuchthaus.

War doch alles so schön in der DDR. Die Kunst, die Plattenbauten, wir waren alle in der Pionierorganisation und der FDJ, wie unsere Mütter und Väter dereinst in der HJ und beim BDM.

Alles war so gut in der Zone. Was schlecht war, wird nicht erwähnt. Vom Widerstand gegen die real sozialistische Staatskultur redet niemand mehr, denn heute ist sie wieder salonfähig?

Oder warum passiert alles in den Hinterzimmern? Wo ist die viel gerühmte Transparenz, und wer will hier 100.000,00 Euro spenden, wenn das Marx-Fresko im Neubrandenburger Rathaus, der alten SED-Bezirkszentrale restauriert werden soll?

Kommt das Geld letztlich sogar von ehemaligen SED-Funktionären und Staatssicherheits-Mitarbeitern, oder warum gibt Neubrandenburgs Oberbürgermeister keine erschöpfende Auskunft, woher das Geld zur Restaurierung kommen soll? Wir erhoffen eine Antwort.

André Rohloff

Was wir (auch) nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir einige Ausdrücke/Begriffe erklären, die nur in der (DDR-) Haft geläufig waren und die man nicht vergessen sollte.

(als) **Selbststeller**
wird fälschlicherweise (!) jemand bezeichnet, der sich nach einer von ihm begangenen Straftat selbst den Polizei- oder Justizorganen stellt.

Im Jargon der DDR-Inhaftierten war ein **Selbststeller** jemand, der vom Gericht abgeurteilt worden war und danach nicht in der Haft verblieb, sondern die Auflage erhielt, sich an einem bestimmten Tag in der zu bestimmenden Vollzugseinrichtung einzufinden.

Üblicherweise wurden jedoch die Häftlinge mit dem „Grotewohl-Express“ der Haft zugeführt.

Auch das Lager Ketschendorf war eine Todesfalle und eine schlimme Hölle

Doch das Recht des Siegers rechtfertigte diese Verbrechen und das unerträglichste Unrecht

Pressemitteilung

Unter der Überschrift *Alle kennen Auschwitz, aber wer kennt Ketschendorf?* veröffentlichte der bekannte Publizist Dr. Klaus Peter Krause seinen Bericht nach dem Besuch der Wanderausstellung zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Ketschendorf.

Schon im April 1945, vor nunmehr 75 Jahren also, richteten die Sowjets in Ketschendorf, heute zu Fürstenwalde gehörend, das erste von danach neun weiteren Lagern dieser Art auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nach dem berüchtigten GULag-System ein, mit dem sie 70 Jahre lang ihre eigenen Bevölkerung in Angst und Schrecken hielten. Dazu wurde die Wohnsiedlung eines Industriewerkes umgestaltet. Diese war 1940 bezogen worden und war für etwa 500 Bewohner ausgelegt.

Im Höhepunkt der Belegung, im Sommer 1946, befanden sich etwa 12.000 Gefangene darin, Männer, Frauen und Kinder. Die jüngsten waren 12, die ältesten 72 Jahre. Kein Lagerinsasse war verurteilt. Im Jugendhaus, einem Achtfamilienhaus, waren etwa 1.500 Jungen zusammengepfercht.

Aufgrund der völlig unzureichenden Ernährung und der katastrophalen hygienischen Verhältnisse starben fast 5.000 Häftlinge bis zur Auflösung des Lagers im April 1947.

Die Zahl der an den Spätfolgen Verstorbenen lässt sich nur erahnen. Die Lagertoten wurden in großen Massengräbern würdelos nackt verscharrt.

Nach Untersuchung durch sowjetische Militärärzte im Dezember 1946 wurden 315 Häftlinge als arbeitsfähig eingestuft. Sie wurden im Januar 1947 als Zwangsarbeiter nach Sibirien verfrachtet, von wo sie im Mai 1950 oder erst 1952 nach Deutschland zurückkehren durften.

Heute erinnert eine einfache Gedenkstätte an der Stelle der Massengräber an diese Menschenrechtsverbrechen, die niemals gesühnt wurden, da vom Sieger begangen.

Wolfgang Lehmann März 2020
(Text und Foto)
ehemaliger Lagerinsasse
von Ketschendorf

Hinweise:

- Klaus Peter Krause, Jahrgang 1936, Publizist und Autor, war von 1966 bis 2001 Wirtschaftsredakteur bei der „FAZ“.
- Der genannte Beitrag des Autors ist im Internet unter Eingabe seines Namens und der Artikel- Überschrift unter dem Link https://ef-magazin.de/2015/01/30/6325-speziallager-der-sowjetunion-bei-fuerstenwalde-jeder-kennt-auschwitz-aber-wer-kennt-ketschendorf nachzulesen
- Wolfgang Lehmann war als Minderjähriger unschuldig im Lager Ketschendorf inhaftiert und machte dort die Erfahrungen, die hier beschrieben wurden. Obwohl inzwischen 91-jährig, steht er, wie auf dem Foto ersichtlich, immer noch für Zeitzeugen- Veranstaltungen zur Verfügung und wurde für solche auch vom Schulamt belobigt. Bei den Jugendlichen finden seine Schilderungen große Resonanz.

Bandenbildungen und kriminelle Vereinigungen als Rechtfertigung

Vor nunmehr 70 Jahren wurde das Ministerium für Staatssicherheit der DDR gegründet. Es ist trotz aller Repressalien ein unverzichtbarer Jahrestag – auch und für die Opfer dieses Organs

Der unrühmliche Jahrestag

Es ist ein Jahrestag, an dem man nicht vorbei kommt: Am 8. Februar 1950 wurde offiziell das Ministerium für Staatssicherheit gegründet. Damit schuf sich jenes kleine Land zwischen Oder und Elbe ein Instrument, mit dem es mit gleichsam brutalen wie auch hinterhältigsten Mitteln und Methoden eine Bevölkerung von etwa 17 Millionen Menschen beherrschen und unterdrücken konnte.

Die Angst vor dem – so die weiteren Bezeichnungen – Staatssicherheitsdienst oder der Stasi war gewaltig. Und das keineswegs zu Unrecht. Widerwärtige Spitzeleien bis in Familien und Ehen hinein, undurchsichtige Intrigen in Arbeitskollektiven oder raffinierte Gewalttaten im eigenen Land oder jenseits der Grenze waren an der Tagesordnung. Auch politisch hochgradige Aktivitäten gehörten dazu, etwa der Sturz Willy Brandts oder die Beseitigung und Festsetzung von Regimekritikern wie Robert Havemann. Die Stasi war überall, und wo sie nicht war, da hatte man trotzdem Angst vor ihr. Das Klima des Misstrauens und die Mentalität der Doppelgesichtigkeit bei vielen DDR-Bürgern umgab auch Menschen, die eigentlich nichts mit diesem riesigen Apparat zu tun hatten und sich eher brav und anspruchslos als staatskritisch oder gar renitent verhielten. Gab es in den 1950er Jahren noch Massenverhaftungen wegen ideologischer Abweichungen und in den 1960er Jahren zunehmend Verhaftungen wegen „Grenzverletzungen“, so verfeinerte das Organ seine Methoden, indem es Ausreiseantragstellern „Verbindungsaufnahme“ mit dem Westen vorwarf und das Strafgesetzbuch allmählich mit kriminalisierenden Paragrafen wie „Bandenbildung“ und „kriminelle Vereinigung“ spickte, wo ursprünglich politische Delikte gestanden hatten. Ob Honecker 1979 (drei Jahre nach dem Auftragsmord an Michael Gartenschläger) seine per Interview aufgestellte Behauptung, es gibt in der DDR keine Politischen Häftlinge, tatsächlich glaubte oder ob er es selbst aus Angst vor dem gefürchteten Stasi-Minister Mielke heraus posaunte, bleibt ungewiss. Immer noch waren die Gefängnisse und Untersuchungshaftanstalten des MfS mit Frauen und Männern, darunter auch Minderjährige, gefüllt, die das Leben in der DDR einfach satt hatten und weg wollten. Ebenso wurden Bürgerinnen und Bürger eingesperrt, die sich zur Wehr setzten und wegen anderer Meinungen aufgefallen waren.

Pflichtgemäß jedenfalls gratulierte jeweils zum 8. Februar das Zentralorgan Neues Deutschland, bis in die 1980er Jahre von Politbüro-Mitglied Schabowski als Chefredakteur geleitet, mit einer riesigen Grußadresse und brüderlichen Kampfesgrüßen aus dem ZK der SED etwa mit dem Wortlaut: Die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit und des Wachregiments Felix Dzierzynski können an ihrem Jahrestag auf neue Erfolge bei der Erfüllung ihres Kampf- und Klassenauftrages zurückblicken …

Dieses unheimliche Schreckensministerium, geschaffen nach dem Vorbild der sowjetischen Radikalisten, schreckte im Grunde vor keiner Schandtat zurück, und es kam vor sich selbst niemals in eine Art Gewissensnot, denn jedes begangene Verbrechen wurde mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen den Klassenfeind gerechtfertigt. Was in der Verfassung der DDR als Grundrecht festgeschrieben war, etwa Religionsfreiheit oder Unverletzbarkeit der Wohnung und des Postgeheimnisses, das galt für die Stasi nicht. Sie durchsuchte „konspirativ“ Haushalte, fotografierte und protokollierte dort, sie fing Briefe ab und wertete diese aus, und sie belauschte Telefongespräche und bestückte Wohnungen mit Wanzen. All das und vieles mehr ist belegt, und es kann von denen bezeugt werden, denen es widerfahren ist.

Und das Ende?

Als die Besetzung der Stasi-Zentralen losbrach, hatten die Verantwortlichen längst gehandelt. Man fand keine Mordpläne und kein radioaktives Material, man hatte im November 1989 auch alle Politischen Häftlinge freigelassen, die Untersuchungshaftanstalten präsentierten sich als Gefängnisse, in denen wirtschaftsschädliche oder kriminell tätige Mitbürger ihr nunmehr mit vielen Rechten ausgestattetes Haft-Dasein fristeten. Die Zeiten der Isolierung, des halbstündigen Aufenthalts in den Hofkäfigen und der einzigen Informationsquelle mit Namen Neues Deutschland waren Geschichte. Offene Zellen, freundliche, faire Schließer*innen und Vernehmungen in hellen Räumen, das Recht auf freie Wahl eines Rechtsanwaltes, das war das neue Gesicht des alten Schreckgespenstes, das uns bis heut in den Knochen bzw. Albträumen steckt.

Zur Rechenschaft wurde nicht wirklich jemand gezogen. Mag sein, die anfänglichen Rentenbeschränkungen und einige Monate, in denen selbsternannte Stasi-Jäger unterwegs waren, hinterließen den Eindruck, es würde eine gerechte Aufarbeitung geben. Doch es blieb Illusion. Nicht mal die Häupter des staatlich betriebenen Terrors erfuhren eine Bestrafung: Honecker, Stoph, Mielke. Man muss diese zur Farce bzw. zum Medienspektakel degradierten Prozesse nicht wieder ausbreiten. Peinlichkeit und Wut sind inzwischen fast verflogen.

Doch das Resümee für die Geschichtsbücher bleibt unverändert: Ein Staat, der sich eines derartigen Terror-Apparats bedient bzw. ihn überhaupt erst austüftelt, kann im Rückblick nur als Unrechtsstaat bezeichnet werden. Mit Beschönigungen wie „Es war ja nicht alles schlecht“ oder „Manches hätte halt nicht sein dürfen …“ kränkt man die Opfer, und man tilgt die große Wahrheit. Daher ist es also (doch) sinnvoll, an diesen 8. Februar 1950 zu erinnern. *B. Thonn*

Das Trauma der Diktatur überwinden und stark sein

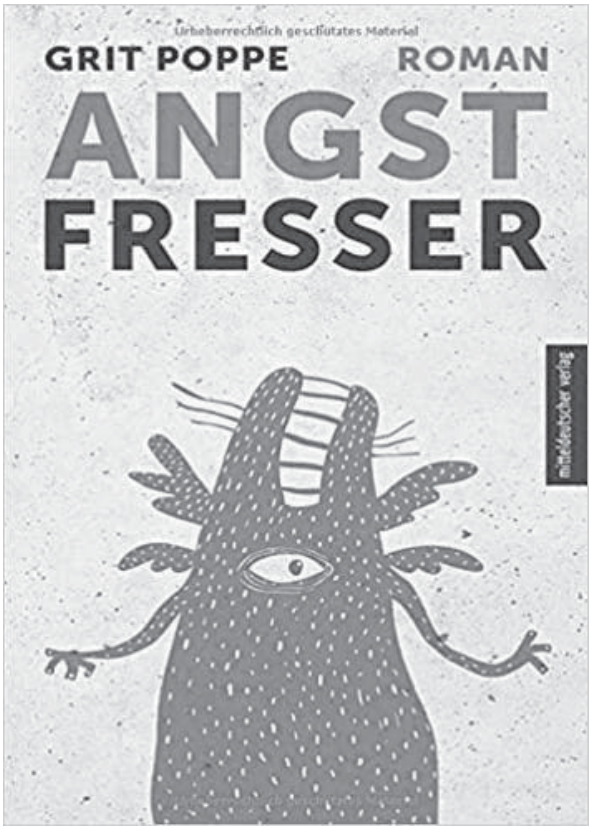
Die Autorin Grit Poppe beleuchtet in ihrem soeben erschienenen Buch DDR-Schicksale

SEITEN = BLICK

Diesen Angstfresser als Lebewesen gibt es wirklich. Er heißt Hirudo Timor und wird in Asien für medizinische Behandlungen angesetzt. Und er ist ganz und gar nicht appetitlich anzuschauen, und das trifft auch auf die bei uns in Deutschland vorkommende verwandte Gattung vor.

Letzterer ist der Blutegel, der hier seit einiger Zeit hauptsächlich in der alternativen Medizin eingesetzt wird. Ziel der lange nicht beachteten Behandlung ist das Ingangsetzen eines Reinigungs- oder Tilgungsprozesse im menschlichen Körper.

Inwieweit die vorab gegebene Einführung einer fachlichen Prüfung standhalten könnte, ist unerheblich, denn jener Angstfresser, um den es hier geht, ist in der von Grit Poppe erzählten Geschichte vielmehr im übertragenen Sinn wirksam. Ihm obliegt symbolisch die Funktion der Aufarbeitung traumatischer Lebensereignisse aus noch nicht lange zurückliegenden Jahren in der DDR.



Es geht um die Bewältigung persönlicher Schicksale, resultierend aus der Teilung des Landes. Die Grundkonstellation mag durchaus nicht ungewöhnlich sein, handelt es sich doch um eine Fluchtgeschichte mit den lebensbedrohlichen Begleiterscheinungen von Schüssen und Grenzbarrieren sowie dem Auslösen von dauerhaft wirkenden Angstzuständen bei den Betroffenen. Zudem findet man die oft genug in widerlicher Wichtigtuerei agierenden kleinen SED-Schergen wieder, die nicht nur Fluchtwillige in Angst und Schrecken versetzten.

Die Erzählweise ist unkompliziert und – es mag übertrieben klingen – exzellent. Egal dass es gelegentlich zu romantischen Anklängen kommt, verleiht sie dem Buch im Vergleich zu anderen Werken aus diesem Metier einen vorderen Stellenwert. Sie grenzt sich von ähnlichen Schilderungen, wie sie in übertrieben sentimentaler oder kitschiger Aufbereitung mehrfach in Verfilmungen anzutreffen sind, deutlich ab.

Als Leserin ist man vom ersten Satz an gefesselt und wird danach das Buch (auch auf dem E-Reader vorzufinden) nicht ohne weiteres aus der Hand legen.

Nicht umsonst hat dieses neue Werk der gestandenen Autorin Grit Poppe inzwischen schon hochklassige Wertungen in den digitalen Medien bekommen. Hier finden sich auch Inhaltsangaben, wiewohl diese nur skizzieren und der Handlung nicht vorgreifen. Dieser sparsame Umgang mit den Inhaltsinformationen ist an sich sehr sinnvoll, denn es wäre schade, würde man (oder frau) vorab zu viel wissen. Fest steht, dass es sich in der Tat lohnt, dieses Buch (nicht nur zum Zeitvertreib) zu lesen bzw. zu erwerben. Neben dem regulären Verkaufspreis findet man im Internet bereits stark herabgesetzte Ausgaben, die obwohl gebraucht, allemal ihren Zweck erfüllen. Und natürlich kann man das ebook-Angebot nutzen.

Grit Poppe selbst hat mit diesem (mindestens) sechsten Buch einen Volltreffer gelandet. Sie zeichnet Personenbilder, auf die man neugierig wird und an deren Schicksalen man schnell eine Teilhabe findet. Zugleich erfährt man eine Menge über die gesellschaftliche Realität in der DDR, wo gelogen und geherrscht wird und wo junge (sowie auch reifere) Menschen im Mief der Zwänge und Vorschriften oft kaum atmen können.

Wir wissen, dass sich die mit mehreren Preisen ausgezeichnete Autorin bereits in der Aufarbeitung vor allem der Schicksale von Jugendlichen, die in der DDR geradezu zerquetscht wurden, verdient gemacht hat. Vieles, was sich in den schrecklichen Jugendwerkhöfen abspielte, wurde im Zuge der Wende plattgewalzt. Die Opfer haben meist nichts in der Hand und werden schlicht beiseitegeschoben. Stattdessen kommen gezüchtete Aussagen von ehemaligen Insassen zu Wort, die die Aufseherinnen der grausamen Anstalten gar noch liebenswert und mütterlich darstellen.

Valerie Bosse

Grit Poppe: Angstfresser, Taschenbuch, 352 Seiten, 20,00 €, ISBN 978-3-96311-239-3 Erscheinungsdatum: Februar 2020

Über die Autorin: Grit Poppe ist 1964 in Boltenhagen (Ostsee) geboren, fühlte sich früh zum Medium Buch hingezogen. Nachdem ihr das Abitur in der DDR verwehrt wurde, studierte sie dennoch in der DDR Literatur. Sie schreibt mit dem Herzen und mit Präzision, wobei sie sich wichtigen Themen widmet. Viel Persönliches findet sich im Internet unter dem Link www.grit-poppe.de.

Wir brauchen vertrauenswürdige Repräsentanten aus dem Osten

Mehrere namhafte ehemalige Bürgerrechtler setzen sich mit einem eindringlichen Appell für die Wahl von Jes Möller bei der künftigen Besetzung des Bundesverfassungsgerichts ein

Für den 15. Mai 2020 ist/war die Wahl für die Besetzung des Bundesverfassungsgerichts vorgesehen. Es ging darum, erstmals einen vertrauenswürdigen Vertreter aus den östlichen Bundesländern zu wählen. Da dies vorab nicht gesichert schien, plädierten bekannte ehemalige Bürgerrechtler bzw. Oppositionelle der damaligen DDR, dafür einen aus ihrer Sicht geeigneten Kandidaten einzusetzen. Aus diesem Grund erging ihr Vorschlag für Jes Möller, der 1961 in Greifswald geboren wurde und bis zum Mauerfall in der (vorwiegend kirchlichen) Opposition aktiv war und zu denen gehörte, die für die konsequente Auflösung des MfS eintraten.

Jes Möller (eigentlich Jens Albert Möller) studierte ab 1991 an der Freien Universität Berlin Rechtswissenschaften und gehörte zunächst der SDP und danach der SPD an. Von 2012 bis 2019 war er Präsident des Verfassungsgerichts im Land Brandenburg. Zuvor übte er mehrere wichtige Funktionen in den Gerichtsinstanzen desselben Bundeslandes aus.

Lesen Sie nachstehend den Appel der Robert-Havemann- Stiftung, der von 18 ehemaligen Bürgerrechtler*innen der DDR unterzeichnet wurde und sich als Offener Brief an die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder anlässlich der bevorstehenden Wahl zur Besetzung des Bundesverfassungsgerichtes richtete.

Sehr geehrte Damen und Herren,
am Freitag (15. Mai 2020 – d. Red.) stehen im Bundesrat Neuwahlen für das Bundesverfassungsgericht an. Sie haben damit die Möglichkeit, einen jahrzehntelangen Missstand abzuwenden und zugleich – im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit – ein wichtiges Zeichen zu setzen, das weit mehr als nur ein Symbol ist.

Wir unterstützen nachdrücklich die Wahl von Jes Möller zum Richter des Bundesverfassungsgerichts.

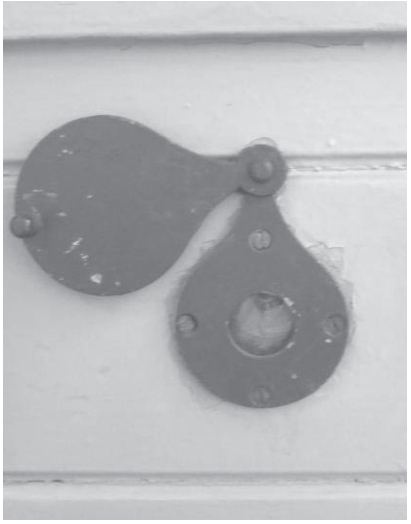
Jes Möller besitzt als erfahrener und angesehener Jurist alle fachlichen Voraussetzungen für das hohe Amt. Aber auch sein Werdegang ist eine Empfehlung, denn er stand für Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu einer Zeit ein, als dies mit hohen Risiken verbunden war und Bildungswege versperrte. Zum Glück war er 1990 noch jung genug, ein neues Studium zu beginnen und dann im Osten unseres Landes als Jurist dazu beizutragen, dem Rechtsstaat zu Ansehen und Wirksamkeit zu verhelfen.

Vielleicht meinen einige von Ihnen, dass es nach 30 Jahren deutscher Einheit keine Rolle mehr spielen darf, ob jemand ost- oder westdeutsche Wurzeln hat. Und dass das, wenn überhaupt, allenfalls symbolische Bedeutung hätte. In diesem Fall müssten wir Ihnen aus mindestens zwei Gründen widersprechen:

Erstens beruht unsere repräsentative Demokratie darauf, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft und Identität sich überall dort vertreten sehen, wo relevante Entscheidungen für das Gemeinwesen getroffen werden. Bitte unterschätzen Sie nicht, was es für Bundesbürgerinnen und Bundesbürger mit DDR-Vergangenheit bedeutet, wenn man, wie es leider tatsächlich der Fall ist, in den Führungsebenen von Unternehmen, Verbänden, Medien, Bundeswehr, Kirchen, Gewerkschaften, Verwaltungen und eben auch Gerichten kaum Menschen mit ostdeutscher Herkunft antrifft. Aussagefähige Zahlen dazu gibt es leider in Fülle.

Aber es geht, zweitens, nicht nur ums Prinzip, sondern auch um die Praxis. Jeder weiß, dass Erörterungen und Diskussionen immer auch durch den Lebens- und Erfahrungshintergrund der Beteiligten belebt und geprägt werden. Wir haben oft erfahren, dass Debatten anders verlaufen – je nachdem, ob die „Wessis“ und „Ossis“ unter sich waren oder sich einander mitteilten und zu verstehen suchten. Wir können uns nicht vorstellen, dass das beim Ringen um die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts völlig anders ist.

In den zurückliegenden Jahrzehnten sind herausragende Positionen höchst selten mit Ostdeutschen besetzt worden. Anfangs fehlten dafür oft fachliche Voraussetzungen, Erfahrung oder Laufbahnvoraussetzungen, später war es oft einfach nur der Mangel an Vernetzung und Empfehlungen.



Umso erfreulicher ist die Nominierung von Jes Müller, der fachlich und persönlich über alle Voraussetzungen für dieses hohe Amt verfügt. Deshalb bitten wir Sie, wenige Monate vor dem 30. Jahrestag der deutschen Einheit die Gelegenheit zu ergreifen und endlich dafür zu sorgen, dass diese Einheit auch in der Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts sichtbar wird.

Mit hochachtungsvollen Grüßen
Robert-Havemann-
Gesellschaft e. V. Berlin

Zu den Unterzeichner*innen gehören u. a. M. Nooke M. Birthler, I. Kowalczuk, , U. Poppe, W. Schulz

Anm. d. Red.:

Über die Vita und das Wirken von Jes Möller finden sich hinreichend Eintragungen im Internet (u. a. Wikipedia).

Zum Ausgang der Wahl lesen Sie in dieser Ausgabe einen weiteren Bericht bzw. Kommentar auf Seite 19 und in den Medien.

Das Foto zeigt den „Spion“ in einer Zellentür der Stasi-U-Haft

Der Vorgang Blut für Devisen ist nun doch nicht ganz vergessen

Durch die Corona-Pandemie werden wir noch einmal an den Vorwurf, die DDR hätte Blutkonserven von Strafgefangen gegen Devisen in den Westen exportiert, erinnert

Im Zeichen der Corona-Diskussion stellte sich neben diversen anderen Begleiterscheinungen heraus, dass in den Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen die Blutkonserven zur Neige gingen. Ursächlich wäre nicht die mangelnde Bereitschaft von Spenderinnen und Spendern, sondern es fehlen die Örtlichkeiten, an denen der kostbare Saft gezapft werden kann. Das verwundert, denn schon seit Mai rollt in der Bundesliga neben dem Ball auch der Euro, in den Fitnessstudios klirren die Eisen und selbst in den Tätowier-Stuben heizt man die Nadeln wieder an, um die Hautflächen von Jungen und Alten, von Managern und Hausfrauen mit Motiven unterschiedlichster (oder ewig gleicher) Art gegen die Entrichtung ansehnlicher Honorare zu verschönern oder zu verunstalten, je nachdem welche Einstellung man dazu hat.

In diesem Zusammenhang wird sich der eine oder andere daran erinnern, dass das Tätowieren in den Knast-Anstalten der physisch untergegangenen DDR an der Tages- oder Nachtordung war. Stirnbänder, Lidschatten und vornehmlich (ganz gern unbekleidete) Frauengestalten waren meist anzutreffen. Bei den eingefleischten BVern (Berufsverbrecher) und bei Kleinkriminellen sah man auch die wenig dekorative sogenannte Pennerträne, die eines der Symbole des gegenseitigen Erkennens war.

Verlassen wir mal dieses eher spezielle Thema Tätowieren bzw. Tattoo-Stechen und kehren wir zum Blut und zur Corona-Pandemie zurück, wobei wir gleichzeitig das Thema Haft einbeziehen können. In der Freiheitsglocke 775 aus dem Jahr 2017 führten wir ganz intensiv die inzwischen leider verebbte Debatte zur Zwangsarbeit, die (nicht nur) von politischen Häftlingen in der DDR geleistet wurde und dazu beitrug, dem SED-Staat devisenträchtige Exporte in die Bundesrepublik zu ermöglichen, wobei die westlichen Firmen durch Billigimporte riesige Gewinne einfahren konnten. Der Verdacht bzw. der Beweis betraf beide Aldi- Gruppen, eine Strumpffabrik, das IKEA- Unternehmen, den Volkswagen Konzern, und eine nicht geringe Zahl anderer Westfirmen, die nicht nur in der Bundesrepublik angesiedelt waren. Dass zugleich auch DDR-Betriebe wie die Reichsbahn, das Getriebewerk und andere VEB oder Kombinate von der Knochenarbeit der Häftlinge profitiert haben sollen, lassen wir vorerst beiseite und wenden uns dem Vorwurf zu, um den es an sich geht: Blutkonserven.

Jemand, der den Beitrag in Ausgabe 775 nicht gelesen haben sollte, dürfte nun erstaunt oder entsetzt den Mund aufsperren. Und ihm oder ihr sei versichert, dies war der Fall. Was mit dem (auch damals geltenden) Menschenrecht unvereinbar ist, wurde praktiziert. Aus der heutigen tags vorbildlich geführten Haftanstalt Gräfentonna, so hieß es damals, seien Blutkonserven, zu deren Abgabe man Häftlinge gezwungen habe, über Zwischenhändler in der Schweiz an das Deutsche Rote Kreuz in Bayern vermittelt worden.

Soweit bekannt, äußerte sich jenes medizinisch tätige Organ, das die Blutkonserven bekam und verwendete, nach Bekanntwerden der Zusammenhänge ernsthaft erschreckt, was sicherlich glaubhaft ist. Die Empörung in der Öffentlichkeit hielt sich dagegen in Grenzen. Es gab die üblichen Reaktionen: Man muss erst mal überprüfen, ob es stimmt und überhaupt jemand zu Schaden gekommen ist. Blut bildet sich im Körper schließlich nach, und zudem gibt es die Meinung, Blutspenden sei gesund (Man schaue auf die Anwendung des Blutegels, auch Angstfresser genannt). Und dann natürlich: Jetzt ist das ja vorbei, man kann es nicht mehr rückgängig machen, es gibt inzwischen viel wichtigere und schlimmere Probleme.

An die letzte Aussage lässt sich anknüpfen. Sollte es mit Corona weiterhin Einschränkungen geben, was dann, woher nehmen wir dann die Blutkonserven, die auf jeden Fall gebraucht werden? Am Strafvollzug dürfen wir uns nicht vergehen, diesmal würde es echt Konsequenzen geben. Man weiß, Täter unterliegen in unserer Gesellschaft, im Gegensatz zu den Opfern, einem öffentlich überwachten Schutz. Vielleicht böte sich eine andere Lösung an. Das Stichwort heißt China. Diktaturen lösen ihre Probleme und die anderer Systeme mühelos. Man nehme die Frage der Entstehung des Corona-Virus. Es kommt zwar aus China, aber es ist dort nicht entstanden. Die Masken hingegen, die China an andere Länder verschickte, entstanden zwar in China, aber sie hätten eigentlich dort bleiben sollen und der Bevölkerung nützen sollen.

Kann man also davon ausgehen, dass China, sollten bei uns die Blutkonserven knapp werden, diesbezüglich ebenfalls tätig wird?

Der Faden, den wir hier spinnen, wird allmählich zu dünn. Wir brauchen das Blut aus China ebenso wenig wie wir die Masken von dort gebraucht haben. China, geführt von der kommunistischen Partei, sollte besser bei sich Ordnung machen. Mit Ländern, die die Menschenrechte nicht achten, haben wir keine guten Erfahrungen gemacht. Dennoch darf nicht vergessen werden, was zu Zeiten der SED-Diktatur an Unrecht geschehen ist. Das Wesen eines Staates, der das (gespendete) Blut von Strafgefangenen gegen Devisen an andere Länder verhökert, kann nur aus Unrecht bestehen. Das sollten wir nicht vergessen, und wenigstens die Opfer und Widerständler sollten das immer wieder aussprechen.

Valerie Bosse

Aus dem Neuen das Alte entstehen lassen

Die Krise als Chance sehen

✉ Die Krise ist die Zeit des Umbruchs und der Erneuerung. Das Alte, Morsche, der Überfluss und die Trägheit brechen zusammen und zerfallen.

Das keimende Neue muss die Reste des Alten zertreten und zerstören, so dass das Neue allein aus sich heraus entsteht.

Das Neue muss Ländergrenzen sprengen und den Völkern Freiheit und neue Stärke geben.

Leistung und fester Wille müssen wieder das Ziel der Menschen werden. *Dr. H. H. Schulze (VOS)*

*Toten*Stille oder absichtliches Schweigen in Neubrandenburg?

Die SED-Opfer fragen weiterhin: Warum liegt immer noch kein Gedenkstättenkonzept vor?

Nach wie vor ist die Situation der Sicherung und Erhaltung der Gedenkstätte im Bereich der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des MfS in Neubrandenburg bedenklich. Dass sich hier in Kürze Verfall und Bedeutungslosigkeit ausbreiten, scheint unvermeidlich. Umso verständlicher ist der Appell der Landesgruppe von Mecklenburg- Vorpommern, der sich an die Verantwortlichen der Stadt – also die Politik, aber auch die Verwaltung richtet.

Lesen Sie nachstehend, was hier auf uns zuzukommen droht.

Erst auf Initiative des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus wurden ein Teil des ehemaligen MfS-Geländes in Neubrandenburg und einige noch vorhandene Überreste der Baulichkeiten unter Denkmalschutz gestellt. Damit wurde eine Minimalforderung der Opfer der SED-Diktatur mühsam erfüllt.

Doch was geschieht nun?

Nichts. Die einstige Stätte des politischen Unrechts verfällt und verkommt, weil sich niemand um die Instandhaltung bemüht. Seit Jahren sehen die Verantwortlichen der Stadt Neubrandenburg zu bzw. weg, während sich die Natur das Gelände zurückholt und der Rest des Verfalls durch offensichtliche Vandalismus-Schäden beschleunigt wird.

Muss das sein?

Fragen muss man daher, warum immer noch kein Gedenkstättenkonzept vorliegt und warum der seit Jahren anhaltende unansehnliche Verfall nicht gestoppt wird.

Das Zitat:

Ich habe manchmal noch einen fatalistischen Alptraum. Ich träume, wieder im Gefängnis zu sein: jeder Möglichkeit beraubt, Widerstand zu leisten oder für mich selbst zu entscheiden.

Breyten Breytenbach, Schriftsteller Südafrika im Interview mit dem Spiegel (46 / 1986) über seine verbüßte mehrjährige Haftstrafe

Unklar ist auch, warum die Stadt Neubrandenburg die dialogbereiten Opferverbände der SBZ- und DDR-Diktatur nicht in ihre Erinnerungspolitik einbezieht und man nicht gemeinsam Konzepte zur kostengünstigen und würdigen Gestaltung und Erhaltung entwickeln will.

Die Neubrandenburger Ratsfrau Sigrid Strelow suchte das Gespräch mit dem stellvertretenden VOS-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, um sich zu dieser Thematik auszutauschen. Frau Strelow wandte sich daraufhin an die AfD-Fraktion, die mittlerweile tätig wurde und eine umfassende Anfrage zur weiteren Zukunft des Gedenkplatzes bei der Stadtvertretung Neubrandenburgs einbrachte. Die Folge war, dass aus den Reihen der Ratsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine mündliche Rückfrage kam, ob denn der stellvertretende VOS- Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommerns inzwischen AfD- Mitglied geworden sei.

Das düster blamable Überbleibsel des Gedenkens

Ich frage allen Ernstes: Ist das sachliche Politik oder alter SED-Stil? Auf diese Weise wird von eigenen Verfehlungen und Versäumnissen abgelenkt. Hier geht es zum einen um die Rechte und die ordnungsgemäße Behandlung von Bürgern der Stadt, und zum anderen fragen Opfer, die in der ehemaligen Haftanstalt gelitten haben, ob ihnen ein Teil ihrer Würde zurückgegeben werden kann. Es ist absolut unpassend und eines von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt gewählten Politikers unwürdig, so primitiv zu antworten. Nebenbei sei gesagt: Der stellvertretende VOS- Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern ist kein Mitglied der AfD, und wenn er das wäre, wäre es allemal seine private Angelegenheit. Es sei hiermit daran erinnert, dass sich bisher keine (!) Fraktion der in der Stadt Neubrandenburg vertretenen Parteien für das MfS-Mahnmal eingesetzt hat. Die Stadt Neubrandenburg ließ Vertreter des VOS- Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern und der Presse im Jahr 2016 im Regen stehen, obwohl sie angekündigt bzw. zugesagt hatte, einen Vertreter zu entsenden. Wenn manche Politiker über die Verbrechen der DDR-Diktatur hinwegsehen wollen, ist das die eine Sache. Aber es kann nicht sein, dass das alle tun und sich die Verwaltung dieser Haltung anschließt. Auch wenn inzwischen drei Jahrzehnte nach dem physischen Zerfall der Diktatur der SED vergangen sind, stehen die Verbrechen weiterhin zu Buche: Töten, Kindesentführungen, willkürliche Verhaftungen und dergleichen.

Traumatisierte können oft gar nicht sprechen, daher bedarf es der Stätten, an denen an das Leid erinnert wird und sich die Opfer dort in Stille und Hingabe hinwenden können. Auch für die Täter hat solch eine Stätte eine wesentliche Bedeutung. Dort ruht ein Stück ihrer Vergangenheit. Wir wollen nicht Rache oder Strafen, aber wir müssen verhindern, dass vergessen wird, was war. Ansonsten wird es schwer, eine demokratische Gesellschaft für alle zu gestalten.

André Rohloff / Fg

Das Kollektiv hatte leider sehr wenig Positives zu berichten

Erfahrungen zur (Nicht)Mitgliedschaft in der DSF

In der vorigen Fg-Ausgabe warfen wir einen Rückblick auf die Gesellschaft der deutsch- sowjetischen Freundschaft, deren Mitgliedschaft vor allem für berufstätige Menschen in der DDR wichtig war, wollten sie keine Nachteile hinnehmen. In diesem Zusammenhang wurde unser Kamerad Dr. Heinz Schneider aufmerksam und sandte uns die Kopie eines Schreibens aus dem Jahr 1978. Damals war Kamerad Dr. Schneider Chefarzt am Kreiskrankenhaus in Prenzlau. Auch sein „Kollektiv", bestehend aus Ärzten und Krankenschwestern, musste nachweisen, dass es im Sinne der sozialistischen Gesellschaft bewusst und linientreu eingestellt handelte. Hierzu gehörte die „freiwillige Zwangsverpflichtung" zur Mitgliedschaft in der DSF. Diese war jedoch, wie der Ärztliche Direktor des Prenzlauer Kreiskrankenhauses dem Chefarzt Dr. Schneider mitteilte, nicht gegeben, so dass das Team lediglich die Note „genügend" im sozialistischen Wettbewerb erhielt. Vor allem wurde bemängelt, dass eine Krankenschwester ihre Mitgliedschaft im FDGB beendet hatte, wodurch das gesamte Kollektiv zu Schaden kam.

Sicherlich erinnert sich jede und jeder, die oder der in der DDR gelebt und gearbeitet hat, an derartige Vorgänge. Sie waren kleinlich und banal, aber zum einen hing die Höhe der Jahresendprämie (13. Monatsgehalt) davon ab, zum anderen war ein beruflicher Aufstieg mit solchen Defiziten kaum möglich.

Bitte lesen Sie nachstehend die Erinnerungen, die Heinz Schneider äußerst treffend zu Papier gebracht hat.

Ich fand den Beitrag über die erzwungene Freundschaft sehr interessant und kann aus eigenem Erleben als Leiter eines sozialistischen Kollektivs, der ich als Chefarzt einer Krankenhausabteilung zwangsläufig war, aus einem Schriftstück meines parteilosen Ärztlichen Direktors einiges dazu beisteuern. Ich hatte die viel zu schlechte Bewertung meines Kollektivs durch den ebenfalls parteilosen Leiter der Wettbewerbskommission angezweifelt und eine bessere Bewertung meiner Mitarbeiter verlangt. Mein an sich sehr guter Chef antwortete mir im Januar 1978: „Wir können davon ausgehen, dass in allen Kollektiven sehr gute fachliche Leistungen vollbracht worden sind. Daran zweifle ich gerade in Ihrer Fachabteilung keineswegs. Für den SOZIALISTISCHEN WETTBEWERB sind aber weitere Kriterien zur Bewertung angelegt worden. Zu Ehren des 60. Jahrestages waren die Kollektive aufgerufen worden, gesellschaftliche Aktivitäten zu entwickeln. Leider hat Ihr Kollektiv in dieser Hinsicht sehr wenig Positives zu berichten. Während einige Kollektive eine 100%ige Mitgliedschaft in der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft erreicht haben ist die Seitenschwester Ihrer Abteilung aus persönlichen Gründen aus dem FDGB ausgetreten. Dies ist nicht nur eine Angelegenheit der betreffenden Schwester, sondern des gesamten Kollektivs. Unter diesen Umständen ist eine bessere Einstufung bei unbestritten sehr guten fachlichen Leistungen im Vergleich zu anderen Kollektiven des Hauses wirklich nicht möglich."

Junge Menschen von heute können sich diesen Zwang auf die damals jungen Erwachsenen, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft oder dem FDGB beizutreten, sicher kaum vorstellen. Deshalb freue ich mich selbst als 86-Jähriger täglich über die wiedergewonnene Freiheit der eigenen Entscheidung, die eine „führende Rolle" einer einzigen Partei dauerhaft ausschließt.

Dr. Heinz Schneider, Prenzlau

Notiert: Im Januar 1983 verlieh der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft anlässlich des 25. Jahrestages dieser Organisation den Orden „Stern der Völkerfreundschaft" in Gold.

Ist das denn nicht die Handschrift Putins?

Polizisten schaffen per Gewaltakt Rentnerin beiseite

Ob bewusste Provokation, Zufall oder einfacher Protest, ob Promi oder Normalbürger: So, wie es am 17. Mai 2020 mit Angelika Barbe geschah, geht man nicht mit wehrlosen, älteren Menschen um. Die ehemalige Bürgerrechtlerin näherte sich an diesem Tag einer Demo der Antifa und wurde dort aus Gründen, die noch zu klären sind, von zwei Polizisten mit Gardemaß und sichtlich trainierter Muskulatur abgeschleppt. Und dieses Wort „abgeschleppt" hat nichts mit Unter- oder Übertreibung zu tun, es beschreibt einfach den Vorgang wie er in mehreren Videos im Internet zu sehen ist.

Selbige Videos lassen einen frösteln. Wer nicht auf die Bezeichnung des Internet-Links schaut und den Ton abstellt, der könnte meinen, es handelt sich um eine Szene, die sich im Herzen von Moskau ereignet, wo Präsident Putin mal eben wieder seine Kritiker*innen gnadenlos abräumen lässt.

Sind wir nun auch soweit?

Man stelle sich vor, Frau Merkel, die in etwa so alt (oder jung) wie Frau Barbe ist und sogar ein bisschen die gleiche Vita hat, wäre versehentlich gepackt und gezerrt worden. Was dann?

Nun, Frau Merkel würde nie in diese Situation kommen. Aber sie steht an der Spitze der Regierung und hat – auch dafür – eine gewisse Verantwortung. Sie sollte sich demnach die Videos – gemeinsam mit Herrn Seehofer, dem obersten Dienstherrn der Polizei, und dem Berliner Innensenator – anschauen. Und dann sollten diese drei einmal überlegen, was in Sachen Polizei-Einsätze im Land richtig läuft: Leider zu wenig. Denn wenn sich die Ordnungsmacht an den Schwachen vergreift und dort nicht auftaucht, wo man sie erwartet (bei Rasern, Randalierern oder Einbrechern), dann besteht ein anderer Handlungsbedarf, als dass etwa zehn Polizeihünen eine kleine Rentnerin packen, umringen und abschirmen.

Dies alles mag etwas humorvoll klingen, doch es ist (sehr) ernst gemeint. *A. Richter*

Die letzte Veranstaltung war sehr gelungen

Wolfgang Lehmann hat wertvolle Erinnerungen

Seit nunmehr zwanzig Jahren bin ich als Zeitzeuge in Wort und Schrift, vorzugsweise an Schulen, tätig. Warum ich vorher nicht hatte darüber sprechen können, müssten Psychologen herausfinden. Dabei war ich in der Aufklärung von Schicksalen immer wieder einmal erfolgreich. Am 20. Oktober 2017 durfte ich in Bensheim anlässlich der 61. Tafelrunde der Landsmannschaft der Ostpreußen über meinen Lebensweg berichten. Es war übrigens die letzte, denn die Landsmannschaft löste sich am Jahresende aus Altersgründen auf. Unter den Zuhörern waren auch der mir unbekannte Dr. Hermann Koebe (IV). und seine Frau Elke. Er stammt aus Luckenwalde (Brandenburg) und war in vierter Generation Erbe der bedeutenden Feuerwehrgerätefabrik Hermann Koebe. Die Firma Koebe wurde nach dem Mauerfall nicht an ihn, den rechtmäßigen Eigentümer, zurückgegeben, sondern von der Treuhand für 2 DM (!) an einen branchenfremden Deutsch- Amerikaner verhökert. Nach meinem Vortrag erzählte er mir, dass sein Vater, Hermann Koebe III., und sein Großvater, Hermann Koebe II., ebenfalls im sowjetischen Speziallager Ketschendorf als Gefangene waren. Der Großvater, geboren am 31. Juli 1883 in Luckenwalde, ist am 1. Februar 1946 im Lager umgekommen *(Andreas Weigelt; Totenbuch Sowjetisches Speziallager Ketschendorf 1945-1947; Wichern-Verlag 2014).* Sein Vater sei, ebenso wie ich, unter den 315 Gefangenen gewesen, die, nach Untersuchungen durch sowjetische Militärärzte, als arbeitsfähig eingestuft wurden, und am 31. Januar 1947 nach Sibirien in das Zwangsarbeitslager bei Prokopjewsk verschleppt wurden. (Nach einer weiteren Untersuchung am Grenzübergang Polen – Sowjetunion wurden davon 92 nach Deutschland zurückgeschickt, aber nicht entlassen, sondern in andere Speziallager eingewiesen. Somit fuhren nur noch 223 Gefangene nach Sibirien weiter.

In der Transportliste (*Werner Teltow; Pelzmützentransport; 2002)* sind zwischen seinem Vater und mir 30 Namen aufgeführt. Da in einem (Vieh-)Waggon etwa 50 Menschen eingepfercht waren, ist es denkbar, dass wir beide in einem Waggon waren.

Sterlum der Streitkräfte
UdSSR
Militärgeheimdienst
Feldpost-Nr. _____ 194

AUSWEIS

Ehemaliger Kriegsgefangener
Lehmann Wolfgang
(Name, Vorname, Vatersname)
geboren am 1929 ist aus dem
Kriegsgefangenenlager entlassen worden und befindet sich auf der Heimreise
nach Grossreschen

(Siegel)

Kommandeur der Einheit der Sowjetarmee
Feldpost-Nr. _____

Sein Vater hat, wie ich, Sibirien überlebt und ist 1949 in den Teil Deutschlands, der nunmehr DDR hieß, zurückgekehrt. Seit unserer Begegnung in Bensheim bin ich mit dem Ehepaar Koebe in enger Freundschaft verbunden.

Wolfgang Lehmann (91 Jahre)
Aufgeschrieben im April 2020

Die Fotos (© privat) zeigen Wolfgang Lehmann nach der Haftentlassung (links) und zum 90. Geburtstag (rechts) vor zwei Jahren sowie seinen Entlassungsschein.

Wenige alte Genossen tragen noch Trauer

Kaum jemand aus der Ex-SED möchte die DDR zurück

Vor einiger Zeit habe ich wieder einmal meine Stasi-Akten gelesen, die ich 1993 ausdrucken ließ.

Wenn in 100 Jahren einmal von unwissenden Menschen dieser Unsinn gelesen wird, werden diese nicht umhin kommen, in mir einen zweiten James Bond zu sehen. Dieser wahnwitzige Aufwand, welcher betrieben wurde, um Nichtigkeiten aufzuklären und gerichtsverwertbar zu machen, ist einfach unfassbar. Die Machthaber von SED und Stasi waren krank in ihrem Denken.

Leider ist einiges von der BStU in den Akten geschwärzt worden, aber immer noch habe ich einen Überblick, über das was damals passiert ist. Durch die Wucht der Formulierungen von den Organen hätte ich eigentlich lebenslänglich bekommen müssen, aber drei Jahre Zuchthaus waren denen wohl schon genug. Einzig positiv an dem Unrechtsstaat DDR war, dass es 1989/90 nicht zum Blutvergießen kam, als die Massen auf die Straße gingen und der laute Ruf nach der Einheit Deutschland erschallte.

Die Machthaber der SED Diktatur haben die neue Zeit gut gemeistert, und nur wenige Hartliner oder Gescheiterte trauern diesen 40 Jahren im SED-Staat nach. Kein Abschied auf der Welt fällt schwerer, als der Abschied von der Macht, und nur wenige Genossen von SED und Stasi tragen heute noch Trauer. Eine zeitliche Begrenzung der Macht, eventuell wie die Präsidentschaft in den USA, wäre auch für Deutschland wünschenswert.

Meine Lebenszeit läuft – wie die aller Menschen – irgendwann ab, und ich fürchte für die Zukunft weder Tod noch schlimme Krankheiten, wohl aber eine miserable Politik aller Führer dieser Welt.

Jörg Petzold

Anm. d. Red.:
Trotz der entspannten Aussage von Kamerad Petzold gilt nach wie vor der Ausspruch Albert Einsteins:
Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr gedenke ich zu leben.

China bebt

Nach Corona soll es Hongkong an den Kragen gehen

So wie sich die Volksrepublik China der Welt präsentiert, könnte man meinen, das Land bewege sich in Richtung freie und offene Gesellschaft und von allem, was Staatspräsident Xi Jinping, der in Mimik und Gestik zuweilen an die friedfertige Ausstrahlung von „Väterchen“ Stalin erinnert, verkündet, können die anderen Länder der Erde profitieren. Ist es wirklich so, oder ist China mit seiner globalen Expansionsstrategie nicht weitaus gefährlicher als das wirtschaftlich schwache Russland mit einem halbwegs berechenbaren Präsidenten Putin?

China expandiert nicht nur wirtschaftlich, es nährt unter seinem Flügel die Atommacht Nordkorea, und es erhöht nach innen zunehmend den Druck auf jedwede Opposition. Selbst das selbständige Taiwan, das sich niemals vor einem militärischen Angriff in Sicherheit wiegen darf, bezeichnet es als Provinz der Volksrepublik.

Der Prüfstein für die kommunistische Diktatur mit ihren kapitalistischen Zügen bleibt Hongkong. Seit Monaten rumort es dort, wollen sich vor allem die jungen Menschen nicht die noch existierenden Rechte und bürgerlichen Freiheiten nehmen lassen. Sie wehren sich, nachdem die akute Corona-Welle durch das Land gezogen ist, nun wieder gegen die Machtansprüche und die Bedrohung aus Peking. Der monumentale Volkskongress hat im Mai richtungsweisend die kommunistisch bestialischen Zähne gebleckt, indem er die Übertragung des für das übrige China geltende Unrecht auf das einst unabhängige Hongkong beschloss.

Was wird geschehen? Werden die Panzer bald wieder rollen, kommen neue Todesurteile, und werden die Gefängnisse sich erneut füllen?

Man muss auch fragen, hat ein so riesiges Land die Brutalität und die Expansivität nötig, oder liegt sie ganz einfach im Wesen des Kommunismus, der seine Existenz nur als Diktatur des Unrechts und mit Gräueltaten behaupten kann?

Hugo Diederich

Unser Grundgesetz

Was darf der Einzelne, wo hat die Gesellschaft Vorrang?

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hatte am 23. Mai den 71. Jahrestag seiner Verabschiedung. Es trat einen Tag später in Kraft und wird mit zunehmendem „Alter“ zunehmend strapaziert. Immer häufiger wir das Bundesverfassungsgericht, das als sein Bewahrer gilt, angerufen, um Fragen individueller Rechte zu klären.

Seit vor einigen Wochen die Vorschriften zum Schutz gegen die Ansteckung der Corona-Grippe gelockert worden sind, berufen sich fast massenweise Bürgerinnen und Bürger auf das Grundgesetz, in dem sie ihre Grundrechte auf individuelle Freiheit verankert sehen.

Was ist individuelle Freiheit, darf sie über die Freiheit der Gesellschaft gestellt werden, darf sie wider Vernunft und wider die Verbreitung von Krankheiten Vorrang haben? Ein Beispiel ist die Maskenpflicht. Habe ich das Recht, ohne Mund-Nasen-Schutzmaske anderen Menschen gegenüberzutreten, wenn es wissenschaftlich begründet wurde, dass ich auf diese Weise jemanden anstecken und damit töten könnte?

Die Frage lässt sich tendenziell auf die Wirtschaftseinschränkungen und das Versammlungsverbot ausdehnen. Sie läuft damit auf die Grundsatz-Forderung hinaus, sich als Einzelner oder in bestimmten Gruppen staatlicher- bzw. behördlicherseits keine Verhaltensvorschriften auferlegen zu lassen.

Das BVG hat hierzu unterschiedliche Entscheidungen getroffen. Ob sie in jedem Fall richtig waren, wird man erst langfristig beurteilen können. Zu bedenken wäre jedoch, ob man nicht nach dem Motto „Vorsicht vor Risiko“ handeln sollte und wieweit es sinnvoll ist, sich Demos mit anarchistischen Zielen anzuschließen, die realiter die Eliminierung des Grundgesetzes und damit die tatsächliche Aufhebung der individuellen Freiheit bezwecken.

Tom Haltern

Fass ohne Boden?

Die Angst vor Corona nimmt ab, Forderungen nehmen zu

Wie geht es, da sich die Pandemie abschwächt, nun weiter? Wird die Rückkehr in ein neues Leben mit den vielen befürchteten Einschränkungen möglich sein?

Vorausgesagt wird uns ein grandioser Wirtschaftsaufschwung, der vor allem für Deutschland ein neues Wachstum bringt. Und man sieht, den Mutigen gehört die Welt: Am zweiten Wochenende im Mai eröffnete trotz vieler Vorbehalte die Fußball-Bundesliga bereits ihren Betrieb wieder. Natürlich, hier ist der Profit die treibende Kraft. Die großartigen Stars, die zumeist ja nicht mal aus Deutschland kommen, dürfen ebenso wenig wie die Manager und die privaten Medien-Anstalten keine Einbußen erleiden. Auch die Autoindustrie darf nicht vergessen werden, das heißt, sie hat ja selbst dafür sorgt, nicht vergessen zu werden. Eine *Abwrackprämie*, ob sie Sinn macht oder nicht, wäre ihr willkommen.

Selbstverständlich kümmert sich der Staat auch um die Lufthansa. Hier stellt sich lediglich die Frage, ist ein zweistelliger Milliardenbetrag für dieses feine Unternehmen ausreichend?

Und da Deutschland das vielzitierte Land mit den meisten Exporten ist, müssen wir zudem die anderen europäischen Länder unterstützen, damit wir unsere Exporte weiterhin dorthin schaffen können. Die Beträge sind unfassbar hoch.

Tatsächlich kann man als Empfänger einer kleinen Rente angesichts der vielen (freiwilligen) Verpflichtungen und der hohen Beträge, für die unser Land einstehen will, nur staunen. Es wird einem geradezu schwindelig. Wir SED-Opfer sind zumeist Rentner*innen, und wir sollten froh sein, dass wir unsere Besondere Zuwendung und kurz vor Jahres- bzw. Toresschluss die Aufstockung durchgeboxt haben. Wir haben keinen Anspruch auf Soforthilfe oder einen kleinen Konsumtionsgutschein. Vermutlich wird es nicht mal eine Abwrackprämie geben, wenn demnächst unsere biologische Uhr abgelaufen ist.

B. Thonn

Trotz Angebot vom Springerverlag: „Ich wollte frei bleiben!“

Die Wiedervereinigung brachte Turbulenzen und heftige Reibereien. Aber sie kam!

Fortsetzungsbeitrag für interessierte Leserinnen und Leser: In einem mehrteiligen Beitrag für die Freiheitsglocke schildert Dissidenten-Urgestein Siegmar Faust seinen Weg von den Anfängen im schlammigen Sozialismus bis zum Übertritt in die überstrahlende Welt des Westens sowie zu seinem unermüdlichen Einsatz für Aufarbeitung und Aufklärung.

Der Beitrag muss aufgrund seines Umfanges und es begrenzten Platzes in der Fg auf mehrere Ausgaben verteilt werden. Der erste Teil war in Nummer 809 nachzulesen.

Lesen Sie nachfolgend den spannend unterhaltsamen zweiten Teil einer ungewöhnlichen Lebensgeschichte.

Fast noch gegen meinen Willen lernte ich bald den sogenannten Medien-Zar Axel C. Springer (Zeitungsherausgeber und Verlagsinhaber – d. Red.) persönlich kennen, der sich schon, was ich erst jetzt erfuhr, für meine Freilassung eingesetzt hatte, als ich noch im Kellertrakt des Zuchthauses Cottbus einsaß und der mir nun eine Stelle als Kulturredakteur in der WELT-Belage „Geistige Welt“ mit einem Anfangsgehalt von 5.000 DM anbieten ließ.

Das unbedingte Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der Deutschen Einheit in Freiheit war ein unerschütterlicher Grundsatz in dieser Zeit.

Aber ich wollte frei, genau genommen freiberuflich, bleiben. Ich lernte ebenso Matthias Walden (Redakteur der Berliner Abendschau beim SFB – d. Red.) sowie die CSU-Bundestagsabgeordneten Hans Graf Huyn, Claus Jäger oder Theo Waigel kennen, alles Menschen, die ich bald mehr als alle Linken oder Linksliberalen schätzen lernte.

Springer war damals wohl das schlimmste Hassobjekt der Linken, der Schriftsteller-Gruppe 47, der rebellischen Studenten, die ich vom Osten aus noch bewundert hatte, obwohl ich nur über sie in Rundfunksendungen westlicher Sender etwas erfuhr.

Während Springer im Ausland um Frieden warb, blies ihm im eigenen Land mit der Parole „Enteignet Springer!“ ein bösartiger Sturm entgegen und bildete mit dem Auftakt zu den 1968er Studentenunruhen. Dabei galten verlagsintern im Springer-Verlag vier Grundsätze, die ich hätte alle unterschreiben können:

- *Das unbedingte Eintreten für die friedliche Wiederherstellung der Deutschen Einheit in Freiheit.*
- *Das Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen, hierzu gehört auch die Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes.*
- *Die Ablehnung jeglicher Art von politischem Totalitarismus.*
- *Die Verteidigung der freien sozialen Marktwirtschaft.*

Immerhin konnte ich bald eine sechsteilige Fernsehserie für das ZDF schreiben, bei der ich sogar meine Hafterlebnisse im Sozialismus einbauen und einige aus der DDR geflüchtete oder freigekaufte SchauspielerInnen einsetzen konnte. Damals gab es noch das ZDF-Magazin mit Gerhard Löwenthal und Fritz Schenk, in deren Sendung ich auch einmal aufgetreten bin. Das ZDF-Magazin wurde mittwochs im wöchentlichen Wechsel mit dem die SPD- Entspannungspolitik befürwortende Sendung Kennzeichen D (geleitet von Hanns W. Schwarze d. Red.) gesendet.

Schon damals empfand ich die bundesdeutsche Gesellschaft als gespalten, aber nicht vergleichbar mit dem Zustand heute im Jahre 2020. Denn es gab in den 1970/ 1980er Jahren noch zu allem einen Ausgleich, ein Gegenstück, sodass sich jeder im Rahmen des großzügigen Grundgesetzes das aussuchen konnte, zu dem er sich hingezogen fühlte.

Gerhard Löwenthal ging im ZDF-Magazin unverhohlen und kompromisslos vor, sodass er in das Visier der Stasi geriet. Die Sendung war selbst in der Bundesrepublik umstritten und wurde von den Linken stark kritisiert bzw. sogar angefeindet, jedoch kaum mit echten Argumenten, sondern nur mit Spott- oder Hass-Vokabeln.

Freilich, das ZDF-Magazin wagte es, die Linken und die Ostpolitik Willy Brandts ohne Wenn und Aber zu attackieren. Es verstand sich auch als Forum für DDR-Bewohner, besonders der Opfer des SED-Regimes. Selbstverständlich setzte sich auch Löwenthals Co-Moderator Fritz Schenk, der selber aus der DDR stammte und sogar als Bürochef des Vorsitzenden der Plankommission gearbeitet hatte, bevor er nach einer Inhaftierung in den Westen floh, konsequent für die deutsche Wiedervereinigung ein. Ganz anders hingegen der für die SPD in den Wahlkampf ziehende und spätere Literaturnobelpreisträger Günter Grass, der sich selber sehr spät outete, indem er erklärte, als Jugendlicher in Hitlers Endkampf teilgenommen und schließlich bei der Waffen-SS mitgekämpft hatte, was er jedoch bis ins hohe Alter verschwieg. Er entwickelte sich dann in der Bundesrepublik neben dem Präsidenten des PEN-Zentrums und dem Präsidenten der Berliner Akademie der Künste, Walter Jens, zu einer Art Moralapostel.

Leider wurde das ZDF-Magazin nach dem 65. Geburtstag von Gerhard Löwenthal nicht fortgeführt. Ein Schlag gegen die Kritiker der DDR- freundlichen Berichterstattung.

Ausgerechnet Grass nutzte die krasse Inanspruchnahme des Grauens von Auschwitz, um die Wiedervereinigung als historisch unzulässig darzustellen. Leider wurde der Journalist Gerhard Löwenthal, der vor dem Aussprechen der Wahrheit nicht zurückschreckte, nach der Vollendung des 65. Lebensjahres gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt und eine Weiterführung des ZDF-Magazins unter einem anderen Redakteur nicht ermöglicht.

→ *nächste Seite*

→ von voriger Seite

Der Leiter (seit 1963) des Berliner ZDF-Studios, Hanns Werner Schwarze, glaubte von vornherein daran, „dass an der deutschen Zweistaatlichkeit nichts mehr zu ändern ist“. Diese Auffassung unterschied ihn fundamental von Löwenthals und Schenks politischer Einstellung. Beide hielten an dem Gedanken der Einheit Deutschland fest.

Ähnlich eingestellt waren einige CDU-Politiker, die entsprechend Rückgrat hatten und dem Kennzeichen-D-Team vorhielten, dass in deren Sendungen die DDR notorisch mit dem Weichzeichner belichtet würde. Kennzeichen D war 1971, also von Anfang an, zielgerichtet etabliert worden, um eine Art Konzession an Sozialdemokraten und Linke zu schaffen, die das ZDF nicht auf dem Löwenthal-Niveau belassen lassen wollten. Freilich, das ZDF galt damals im Gegensatz zur ARD als CDU-nah.

Wie viele Wahrheiten in der Geschichte kann es denn geben, Herr Marx?

Das alles war für uns, die wir aus einer eindimensionalen Diktatur kamen, verwirrend. Manchmal bedauerten wir schon, dass es keine einfachen Geschichtsgesetze gab, die ja Karl Marx sich einbildete, erkannt zu haben.

Wie viele Wahrheiten kann es denn geben? Von jedem Gesichts- oder Ideologiestandpunkt aus eine eigene?

Natürlich versuchten die SED-Bonzen über ihren verlängerten Handlungsarm „Schild und Schwert der Partei“ besonders Löwenthal zu bekämpfen wie keinen zweiten. Dass Löwenthal als Jude die Nazizeit überlebte hatte, könne nicht mit rechten Dingen zugegangen sein. Ob-wohl Löwenthals Familie vernichtet wurde, suchte die Stasi nach belastendem Material aus dem 3. Reich. Sie fanden: nichts. Und als er dann gar noch die Aktion „Hilferufe von drüben“ ins Leben rief, gab‘s halt schon mal eine Bombendrohung. Als Löwenthal endlich vom eignen Sender ausgeschaltet worden war, knallten beim Mehrfachmörder Erich Mielke und seinen geheimen Genossen die Sektkorken.

Ansonsten war die Stasi kein Forschungsthema im Westen, obwohl alle westlichen Hochschulen und Institutionen von Stasi-Leuten durchsetzt waren. Es mag ja stimmen, dass der überwiegende Teil der vielgestaltigen deutschen Linken keinerlei Sympathie für Ulbricht, Honecker & Co. hegte, denn sie würden ja alles besser, gerechter und freiheitlicher machen wollen, wenn sie an der Macht wären.

Sie fanden nichts, um Gerhard Löwenthal eine Nazi- Vergangenheit anzuhängen und waren der Meinung, es könne nicht mit rechten Dingen zugehen, dass er die NS-Zeit überlebt hatte.

Doch sie hatten bestimmt nichts dagegen, dass Hunderte von Millionen Mark vom armen Osten in den reichen Westen flossen, um Einfluss auf die Politik in der Bundesrepublik zu nehmen durch Geldzuflüsse an die DKP und ihre Zeitschriften und Verlage sowie an neu gegründete Parteien wie die Deutschen Friedensunion (DFU) bis zur Finanzierung von Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften, das hätte jeder ahnen können, wenn er es denn hätte wissen wollen. Es dürfte auch kein Zufall sein, dass ein Autor wie Günter mit seiner angeblichen Entlarvungsliteratur der kapitalistischen Verhältnisse zum Bestsellerautor einer linkspopulären Geschichtsschreibung werden konnte. Der Schriftsteller Bernd Engelmann gehörte dem Präsidium des westdeutschen PEN-Zentrums an und war von 1977 bis 1983 Vorsitzender des Verbands deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier, der wiederum der aus der KPD herkommende Leonhard Mahlein vorstand. Wegen dieser Umstände trat ich wie Reiner Kunze und viele andere Schriftsteller, die aus Mitteldeutschland stammten, dort aus und trat in den Freien Deutschen Autorenverband (FDA) ein, in dessen Vorstand zwei konservative Nazi-Gegner waren: Prinz Hubertus zu Löwenstein und Volkmar von Zühlsdorff, die beide in ihrer Jugend dem demokratisch orientierten Republikschutzbund „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ angehört hatten.

Siegmar Faust, Berlin, 2020

wird fortgesetzt

zur Person und zur Sache

Überlebt und weiter gegen jedes Unrecht gekämpft

Vor 51 Jahren präsenentierte Gerhard Löwenthal die erste Ausgabe des gefürchteten ZDF-Magazin

Ab 1969 lief im Zweiten Deutschen Fernsehen etwa im Zwei-Wochen-Rhythmus eine Sendung namens ZDF-Magazin, die von dem kompromisslosen Moderator Gerhard Löwenthal redaktionell geleitet wurde und im wahren Sinne des Wortes die Gemüter erregte. Zum einen wurde hier das Unrecht in der DDR schonungslos aufgedeckt, womit Fluchtversuche, Todesschüsse und Repressalien des SED-Regimes gemeint sind, zum anderen lehnten die hier gezeigten Berichte viele Politiker, Journalisten und Zuschauer diese offene Berichterstattung ab, weil der DDR damit großer Schaden zugefügt wurde. Kaum jemand aus der zweiten Klientel kam jedoch auf die Idee, dass eine Beendigung des SED-Unrechts auch ein Ende dieser Form eines derart schonungslosen, der Wahrheit verpflichteten Magazins bedeutet hätte.

Gerhard Löwenthal wurde somit zum Feindbild, und das nicht nur in den Reihen der SED-Hardliner, sondern auch in seinem eigenen Land. Nur zu gern hätte man ihn abserviert und die Ausstrahlung des ZDF-Magazins abrupt beendet. Da Löwenthal jedoch Jude war und den Holocaust durch Glück in England überlebt und in den Todeslagern des NS-Regimes mehrere Familiengehörige verloren hatte, konnte man ihn nicht ohne weiteres zum Aufhören zwingen.

Das ZDF-Magazin lief somit bis zu seiner Berentung im Jahr 1987. Die Themen waren fortan unerwünscht. Gerhard Löwenthal, vormals auch Chefredakteur beim RIAS Berlin, blieb jedoch der Aufarbeitung weiterhin verbunden. Bis zu seinem Tod im Dezember 2002 nahm er an Veranstaltungen der VOS teil und unterstützte den Opferverband durch seine Erfahrungen und seine Präsenz.

Tom Haltern / Hugo Diederich

Mit dieser Art Politik kann bei uns keine Demokratie mehr gedeihen

Unfassbares Verhalten der CDU in Mecklenburg-Vorpommern hilft den Linken

Das ist ein starkes Stück und hinterlässt erneut ein Fragezeichen bei allen, die bisher an ein glaubwürdiges Verhalten der demokratisch gewählten Parteien Deutschlands geglaubt haben: Im Mai wurde mit den Stimmen von Linken, SPD und CDU das Linken-Mitglied Barbara Borchardt zur Verfassungsrichterin gewählt. In den Medien wurde über den geradezu skandalösen Vorgang fast gar nicht berichtet, und auch Kanzlerin Merkel, die derzeit nicht in Südafrika weilte, meldete sich nicht zu Wort. Doch das Wenige, das in den Medien über die siegreiche Kandidatin zur Sprache kam, lässt aufhorchen und hinterlässt Fragen, die nicht nur Partei-Lobbyisten empört. Sind doch über die Vergangenheit und auch die Gegenwart der frisch gewählten Richterin Fakten an das Tageslicht gekommen, die dem einfachen Bürger den Glauben an Demokratie und Anstand in diesem Land genommen haben. So wurde geschrieben, dass die neu gekürte Richterin Mitglied in einer linksextremistischen Organisation sei, die für die Überwindung des Kapitalismus eintrete. Fragt sich: Ist es nicht schlimm genug, dass eine solche Organisation überhaupt existiert, zumal wir die immer noch vorgesehene Quote der zu erschießenden Millionäre im Gedächtnis haben? Und dann muss eine solche Person in genau jenes Organ gewählt werden, dass das Agieren von gewaltbereiten Gruppen unterbinden soll.

Wer es nicht wissen sollte: Diese Wahl konnte nur gelingen, indem sich die CDU mit hinreichender Zahl an Ja-Stimmen beteiligte. Wie soll man das nennen: Verrat an den Wählerinnern und Wählern oder einfach deren Vera … schung? Man sollte in diesem Land keine großen Appelle halten, um die Prozente der AfD-Stimmen zu reduzieren. Ein derartiger Vertrauensmissbrauch ist genau der Grund, dass sich zunehmend Menschen von den alten Parteien abwenden oder erst gar nicht wählen gehen. Man hat im September in Thüringen bereits gesehen, wie auch die CDU dazu beigetragen hat, Herrn Ramelow wieder ins Amt zu heben. Die Prozedere der Stimmenthaltung und der konsequenten Absage, weder mit rechts noch mit links zusammenzugehen, erweisen sich nunmehr als Schwindel. Mag sein, dass es daran liegt, dass die Parteispitze der CDU ihre Basis nicht mehr erreicht oder dass sie sich tatsächlich auf Dauer der Linken annähern will, dann wäre es doch allemal besser, sie würde sich offen zu bekennen, wodurch sie vor den nächsten Wahlen nicht zu neuerlichen Lügen greifen müsste. Es ist ohnehin nicht vergessen, dass sich einzelne Führungsmitglieder bereits zustimmend zur Annäherung an die Linken geäußert haben.

Hugo Diederich, VOS Berlin: Wer die CDU an die Linkspartei verschachern will, fügt den SED-Opfern und der Demokratie schweren Schaden zu.

Die Folge wäre allerdings ein weiterer Zerfall des Parteienspektrums. Da auch die AfD, zumindest auf Bundesebene vor dem Zusammenbruch steht und ein Wiedereinzug der FDP in den Bundestag zweifelhaft ist, wäre wiederum Platz für neue Parteien. Und das wäre für das Land schlecht. Selbst jemand wie Frau Merkel, die im Schmieden von Koalitionen geübt ist, dürfte es schwer haben, ihre CDU zu retten. Fest steht, eine solche Chance, wie sie Merkel und ihre CDU mit der Bewältigung der Covid-19-Grippe bekommen haben, wird es nicht so schnell wieder geben. Nicht mal wenn eine zweite Welle, wie sie befürchtet wird, nachfolgen sollte. Auf einmal sind die alten Fragen wieder offen, ist auch die Erinnerung an den Erfurter September wieder da. Was, wenn wir jene Abstimmung in Mecklenburg-Vorpommern ins Visier nehmen, ist bei der Landtagswahl in Thüringen anders gelaufen, was in Schwerin nicht passiert ist? Ist, sicherlich auf anderer Ebene, nicht zweimal das gleiche passiert? Kann man übrigens Thomas Kemmerich vorwerfen, jemals einer extremistisch ausgerichteten Organisation angehört zu haben? Hat er in der DDR eine die Diktatur unterstützende Funktion ausgeübt oder war er nicht wenigstens Mitglied der SED gewesen? Alles nein. Er hat lediglich versucht, die Wahl von Bodo Ramelow, einem Linke-Politiker, zu verhindern, und dafür hat er Mehrheiten bekommen und dafür ist er dann gemobbt und bedroht worden, nicht nur er, sondern auch die Familie. Man hat ihm nicht einmal die Chance gegeben, in diesem Parlament mit SPD und Bündnis 90 zu verhandeln, um vielleicht eine ganz andere Regierung als mit AfD-Unterstützung zu bilden. Er wurde, angefangen in der eigenen Partei, in Grund und Boden verdammt.

Markus Blume, Generalsekretär der CSU: Wer Verfassungsfeind ist, kann kein Hüter der Verfassung sein – das ist schizophren.

Es heißt, die AfD richte Deutschland und die Demokratie zugrunde. Das mag sein, und vieles spricht dafür. Aber wenn die anderen Parteien durch eklatante Vertrauensbrüche die Wählerinnen und Wähler verprellen und ihnen die eigenen Pfründen und Mandate wichtiger sind als die Zusagen für ihre spätere Politik, dann kann dieses Land ohnehin nicht demokratisch gedeihen. *B. Thonn/HD*

Wir trauern um

Karl Joachim Eberhard Pohl	**Bezirksgruppe Bonn**
Andrea Fuck	**Bezirksgruppe Rhein-Ruhr**
Heinz Jost	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Horst Schmidt	**Bezirksgruppe Reichenbach-Vgtl.**
Dr. Reinhard Gockeln	**Bezirksgruppe Dortmund**
Gerhard Heiland	**Bezirksgruppe Dortmund**
Johannes Schulze	**Bezirksgruppe Freiberg**

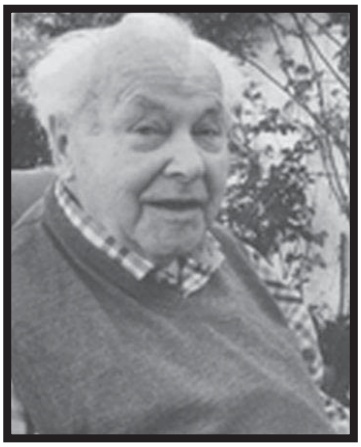
Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Trauer um einen wertvollen Kameraden

Zum Tode des langjährigen stellvertretenden Landesvorsitzenden NRW Eberhard Pohl

Mit großer Trauer erfuhren der Bundesvorstand der VO, der Redakteur der Freiheitsglocke sowie die Mitglieder in NRW vom Tod unseres Kameraden Eberhard Pohl. Kamerad Pohl verstarb am 11. April (Ostersamstag) dieses Jahres, nachdem er einen Monat zuvor noch seinen 92. Geburtstag erleben durfte und sich auch noch telefonisch mit der Bundesgeschäftsstelle und den Kameraden des Landesgruppe NRW verständigt hatte.

Mit Eberhard Pohl verliert die VOS eine ihre großen Stützen, die über Jahrzehnte das Geschehen vor allem in NRW, aber auch bundesweit mit bestimmt und vielen Kameradinnen und Kameraden geholfen haben. Bis zuletzt hat er sich an der Vorbereitung und Organisation von Gesprächen und Veranstaltungen beteiligt und versucht, dem Verband in der schweren Zeit zur Seite zu stehen.



Eberhard Pohl gehörte schon sehr früh zu den Inhaftierten der harten stalinistischen Ära. Er wurde von der Stasi und den Sowjets selbst in West-Berlin verfolgt und von der Lügenpresse der DDR als gemeiner Verbrecher bezeichnet. Er verbrachte Jahre seines Lebens in Lagern und Gefängnissen und siedelte nach der Entlassung in die Bundesrepublik über. Gemeinsam mit Richard Knöchel, Sigurd Binsky und anderen frühen Aktivisten verhalf er der VOS zu Ansehen und setzte sich für die Freilassung von Politischen Häftlingen und deren schnelle Integration in der Freiheit ein. Vieles, was erreicht wurde, wäre durch seine Mitwirkung und Erfahrung nur schwer möglich geworden.

Mit Überzeugung und großer Akribie sammelte er die Veröffentlichungen zur VOS und bewahrte Dokumente auf, die für die Nachwelt von Interesse und Wichtigkeit sind. Es sind Materialien, die mehrere Ordner umfassen und unbedingt aufbewahrt werden müssen. Wir alle werden Kamerad Pohl mit seiner ruhigen, besonnenen Art vermissen. Doch solange die VOS und eine gerechte Bewertung der Geschichte des Kommunismus existieren, wird Eberhard Pohl wie all die anderen verdienstvollen Kameradinnen und Kameraden seinen ehrenvollen Platz in unseren Annalen behalten.

Unser Mitgefühl und unser Dank gehen an seine Witwe Dorothee Pohl und alle Angehörigen.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundesgeschäftsstelle der VOS
Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke“ vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 813/ 814 erscheint Juli/August 2020
Redaktionsschluss der FG 811/812 am 28. Mai 2020